

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Beitzteile 40 Pfg. Telephone Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Mut.

Der Mut ist der Lebensnerv aller unserer besten Eigenschaften; sie verkümmern ohne ihn. Prüfen, nachdenken, berechnen, wägen sind wichtige Handlungen, ganz sicher! Aber dann heißt's: sich entscheiden und handeln, ohne viel umzusehen, woher der Wind weht und welche Wolken vorüberziehen!

Bei den alten Heiden herrschte im Begriff Mut der Gedanke der körperlichen Kraft und Stärke vor, in der modernen Welt aber der Gedanke der sittlichen Kraft, der drubenden Ruhe und der unbeugbaren Standhaftigkeit. Auch der körperlich Schwache, der seine Leiden trägt, hat Mut; ja den vollständigen herrlichen Inhalt alles dessen, was uns das Wort Mut besagt. So hat Mut nichts mit der Stärke der „Fäuste“ zu tun, nichts mit der Abgestumpftheit der Nerven sondern mit Seelengröße. Mut ist eben keine körperliche, sondern eine sittliche Tugend. Er ist also nichts weiteres als jene Eigenschaft des Herzens, die an dem für wahr und gut Erkannten festhält, auch wenn es Opfer kostet. Diese Opfer auf sich nehmen, mögen sie körperliche Schmerzen darstellen, mögen sie Ertragung von Verachtung, von Zurücksetzung, von Hohn und Spott bedeuten, macht die Betätigung des Mutes aus.

Mut hat der organisierte Arbeiter, der den christlichen Gewerkschaften treu bleibt, auch wenn die freien Gewerkschaften ihn darob drangsalieren und verfolgen, der überall und unter allen Umständen die Fahne des Verbandes hochhält.

Mut hat jeder Arbeiter, der in der Versammlung seine Kollegen auch mal auf ihre Fehler aufmerksam macht, auf die Fehler des Arbeiterstandes überhaupt, der sich und andere an pflichttreue Arbeit erinnert, der den rohen Ton, die persönlichen Angriffe und Mordgeleien einzudämmen sucht und der allen Untugenden und üblen Leidenschaften unter seinen Berufskollegen entgegen arbeitet.

Das ist Mut, denn das heißt Pflichtbewußtsein haben und dieses Pflichtbewußtsein betätigen, allenthalben, überall, was es auch immer kosten möge. — Siehe zu, der du auf deine Manneswürde stolz bist, ob du diesen Mut beim eigen nennst?

Gedanken und Theorien über Handels- und Wirtschaftskrisen.

II.

Bei den Untersuchungen der Volkswirtschaftler und Nationalökonomien über die

Ursachen der Wirtschaftskrisen

spielt gerade diese Frage, über die Befriedigung der Bedürfnisse, die Zurückhaltung im Konsum, die Sparbarkeit, eine große Rolle. Auch Engels hat schon über die „verdammte Bedürfnislosigkeit“ gewettert. Vor einiger Zeit hat der Deutsch-Amerikaner Johannsen eine Schrift herausgegeben: „Depressionsperioden“, in welcher er sagt: „Wo eine auf dem Mangel an Absatz herrührende Depressionsperiode einsetzt, die sich nicht durch sichtbare äußere Faktoren (wie Missernte, politische Verwicklungen, Mangel an Umlaufmitteln) erklären läßt, da darf man mit Sicherheit auf die Spartätigkeit der Individuen als die zugrunde liegende Ursache schließen. ... Wenn alles Sparen aufhörte, wenn jedermann im Laufe des Jahres so viel für den Konsum verausgabte, wie er im Laufe des Jahres verdient oder vereinnahmt, dann würden auch auf dem Mangel an Absatz beruhende Depressionsperioden nicht mehr vorkommen.“

In einem mit einem offenen Brief an Prof. Ad. Wagner in Berlin anfangs Oktober d. J. verfaßten Ueberblick über sein neues Buch „Ein Depressionsselement“ sagt Johannsen folgendes:

„Man muß die Ursache des „Mangels an Nachfrage“ im Sparprozeß suchen. Wenn jemand 1000 Mark verdient und nur 900 Mark verausgibt, so ver-

ursacht er ein Minus in der Nachfrage von 100 Mark. Wenn er (oder ein anderer für ihn) dann den Betrag veranlagt, sagen wir im Bau eines Hauses, so wird das Geld für Löhne oder für die Beschaffung des Materials verausgabt, bringt also eine Nachfrage nach Arbeitskräften auf den Markt, und das ursprüngliche Minus in der Nachfrage wird dadurch völlig wieder ausgeglichen. Ein solcher Ausgleich findet immer statt, wenn die Sparfonds in neuen Unternehmungen, hauptsächlich im Aufbau neuen Produktivkapitals, Veranlagung finden, wie dies fast durchweg zu prosperierenden Zeiten der Fall ist, wo viele neue Konstruktionen in Angriff genommen werden. Die Sparfonds kommen dabei wieder unter die Leute in Form von Einkommen, und wenn die Leute das Geld für ihre Lebensbedürfnisse verausgaben, so gelangen die Sparfonds wieder in den Konsumentenverkehr.“

Unter solchen Umständen kann der Sparprozeß keinen Mangel in der Nachfrage verursachen. Gilt aber ein Gleiches zur Zeit der Depression, wo nur wenig neue Konstruktionen unternommen werden, die Sparfonds also in solchen keine Veranlagung finden können?

Vor etwa 10 Jahren trat ich mit dieser Frage an Herrn Prof. Wagner heran, und er besahte dieselbe. Er erklärte, daß auch dann der Sparprozeß kein Minus in der Nachfrage erzeuge. Er verwies darauf, daß sich für Sparfonds stets Gelegenheit zur Veranlagung findet, selbst zur Zeit der Depression; daß, wenn die Sparfonds nicht veranlagt würden, sie sich in den Geldmärkten aufhäufen müßten, von Jahr zu Jahr an Umfang wachsend, was in Wirklichkeit doch nicht der Fall, daß vielmehr die in den Geldmarkt einfließenden Fonds stets wieder ausfließen, indem sie Veranlagung suchen und finden, und daß sie im Verfolg solcher Veranlagung wieder in den Konsumentenverkehr übergehen. Hierher können sie nicht gelangen ohne daß sie Nachfrage erzeugen, nicht bloß nach Waren, sondern auch nach Arbeitskräften, und diese Nachfrage hebt das ursprünglich vom Später erzeugte Minus in der Nachfrage völlig auf.

Johannsen bestreitet die Richtigkeit dieser Ansicht und sagt: „Als Resultat meiner Erhebungen habe ich gefunden, daß die Spartätigkeit immer dahin tendiert, die Nachfrage (und somit das Geschäft) zu lähmen.“

Die Auffassungen der genannten beiden Herren in der Frage sind also verschieden. — Daß

Missernten zu Wirtschaftskrisen

führen und die Ursache solcher sein können, wird im allgemeinen nicht bestritten. In den Jahren 1816 und 1817 mißriet die Ernte, und ein Jahr darauf brach die Krisis aus. Der Wiener Nationalökonom Max Wirth weist in seiner „Geschichte der Handelskrisen“ darauf hin, daß nach der Krisis 1826 die englische Geschäftswelt mehrere Jahre gebraucht hat, um sich von dem erlittenen Schlage zu erholen. Die folgenden guten Ernten mehrten den Wohlstand. Der Zinsfuß sank und das Geschäftsleben pulsierte wieder rascher. Im Jahre 1845 war fast die ganze Ernte der Kartoffel durch Fäulnis vernichtet. 1846 folgte wieder eine Missernte. Sie erstreckte sich fast über ganz Europa. Die Getreidepreise stiegen in Paris von 19 auf 29 Francs, in Odessa von 10 auf 14 Francs, in Newhork von 15 auf 20 Francs. Es folgte das schwere Krisenjahr 1847-48. W. Wirth sagte deshalb: Wir sehen also Krisen sehr häufig im Gefolge von Missernten und Jahren der Dürre.

Diese Auffassung scheint im Hinblick auf die gegenwärtige Wirtschaftslage nicht ganz richtig zu sein. In den letzten Jahren sind gute Ernten zu verzeichnen, und doch stehen wir mitten in einer allgemeinen Krisis. Die Ernte des Jahres 1907 war eine gute. Nach Mitteilungen aus der Geschäftswelt ist der Getreidebedarf im Welthandel 3145 Millionen Doppelzentner. Die Welternte des Jahres 1907 erreichte fast diesen Betrag; das fehlende Getreide konnte aus dem Vorrat im Handel, rund 75 Millionen Doppelzentner, ersetzt werden. Da auch das Jahr 1908 mit einer

guten Ernte abschließt, so wären anscheinend die Vorbedingungen für eine allgemeine wirtschaftliche Blüte gegeben.

Leider ist diese zur Zeit nicht vorhanden. Die guten Ernten haben zwar die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung gestärkt und den Absatz einzelner Industrieerzeugnisse, so z. B. jene der Textilindustrie, gefördert, was ein größeres Abflauen zweifellos etwas gehindert hat. — Die

Kaufkraft der Bevölkerung

ist überhaupt von großer Bedeutung für den Geschäftsgang. In dem Bericht der Handelskammer zu Hamburg 1908 wurde darüber u. a. gesagt: „Die starke Beschäftigung in der Industrie findet ihre Erklärung nicht nur in der erwähnten Lebhaftigkeit des Absatzes nach anderen Ländern, sondern daneben auch in der Stärkung der Kaufkraft der einheimischen Bevölkerung durch die weiteren Kreisen zuteil gewordenen Erhöhungen der Löhne und sonstigen Einkommen sowie in der Zunahme der stetigen Bevölkerung. In gleicher Richtung wirkt der Umstand, daß auch die deutsche Landwirtschaft ein besonders günstiges Ergebnis zu verzeichnen gehabt hat, das in der Hauptsache auf die sehr reichliche Ernte, dann aber auch auf die sehr hohen Viehpreise zurückzuführen sein wird. Wenn die Getreidepreise an dieser Erhöhung bislang noch nicht teilnehmen konnten, so erklärt sich das aus der guten Ernte selbst und aus der guten Einfuhr, die vor dem Hinausgehen der Rölle stattgefunden hat; eine ähnliche Erscheinung hat sich übrigens auch bei den anderen Artikeln gezeigt. Das Inkrafttreten der neuen Handelsverträge hat die auf Handel und Industrie bisher vielfach gesüchtete nachteilige Wirkung nicht ausüben können.“

Die Kaufkraft der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung hat sich in der Zwischenzeit nicht verringert; sie hat aber den allgemeinen Rückgang des Geschäftes nicht aufhalten können. Das wäre auch gar nicht möglich. Beträgt doch die Zahl dieser Berufsgruppe nur mehr ein Drittel der Bevölkerung des deutschen Reiches. Unsere Industrie arbeitet auch nicht ausschließlich für diese Gruppe, und auch nicht ausschließlich für den heimischen Markt. Es müssen also noch andere Faktoren für den Gang des Geschäftes oder den Eintritt einer Krisis maßgebend sein als Ernte und Konsum. Hören wir also noch einige andere Nationalökonomien über die Ursachen von Wirtschaftskrisen.

Der amerikanische Volkswirtschaftler Henry George spricht in seinem Buche „Fortschritt und Armut“ von einem verwickelten Produktionssystem, das für die moderne Zivilisation charakteristisch ist. Er weist ferner darauf hin, daß kein abgeschlossener Handelsstaat existiert, der die Uebermacht erleichtern würde, sondern geographisch oder politisch gesonderte Staaten mit verschiedenartiger und wechselnder industrieller Organisation. Er sagt dann: Den Zeiten der Krise gehen Zeiten der Tätigkeit und der Spekulation voraus. Der Niedergang (Krisis) ist als Reaktion wider die Spekulation anzusehen. Wie dieser Niedergang aus der Spekulation sich ergebe, dafür gebe es zweierlei Lehrjahre.

Die eine Schule behauptet, die Spekulation schaffe den

Niedergang durch Überproduktion.

Sie verweist auf die überfüllten Warenhäuser, auf die geschlossenen oder nur mit halber Kraft arbeitenden Fabriken, auf die Arbeiter, die zur Latenlosigkeit und Entehrung genötigt sind. Die andere Schule meint, daß die Spekulation den Niedergang durch Ueberkonsum hervorgerufen habe. Leute, die vom siltigen Wohlstand verführt, über ihre Verhältnisse hinaus gelebt haben, sehen sich zu Einschränkungen gezwungen, d. h., sie können weniger Güter konsumieren. H. George bemerkt dazu:

Sicherlich drückt jede dieser Theorien eine Seite oder Phase einer allgemeinen Wahrheit aus, aber nicht die ganze. Wenn die Spekulation die Ursache industriellen Niederganges ist, so kann dies eine Spe-

in Dingen sein, die keine Arbeitsprodukte sind, aber doch bei der Arbeit der Güterprodukt...

Nachdem in Dingen sein, die keine Arbeitsprodukte sind, aber doch bei der Arbeit der Güterprodukt...

Mißverhältnis in der Produktion.

Die Industrien, welche organische Stoffe verarbeiten, werden bei rascher Ausdehnung der Produktion außerordentlich früh an eine Grenze...

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise nahm ihren Ausgangspunkt in Amerika. Die fundamentale Ursache, so schreibt die englische Zeitschrift „The Statist“...

Die Stärke und Dauer der amerikanischen Krise oder richtig der amerikanischen Geldknappheit und ihre Wiederkehr wird in hervorragendem Maße abhängen von dem Verlaufe der Dinge in Europa...

Zu dem Berichte der Handelskammer in Bremen wird über die Tatsache und Ursache der wirtschaftlichen Depression folgendes gesagt:

„Es zeigte sich mehr und mehr, daß die außerordentlichen Anforderungen, die in den vorhergehenden Jahren an den Geldmarkt gestellt waren, das verfügbare Kapital nahezu erschöpft hatten; die auswärtigen Ländern in Deutschland angelegten Gelder waren in erheblichem Maße zur Deckung des eigenen Bedarfs dieser Länder zurückgegriffen; im vergangenen Jahre noch durchgeführte Vergrößerungen industrieller Betriebe stellten neue Ansprüche. Infolgedessen hielt sich der Zinsfuß während des ganzen Jahres auf einer solchen Höhe, daß eine Rückwirkung auf die Unternehmungslust und die Ausdehnungsfähigkeit der Industrie unvermeidlich war. Als dann gegen den Schluß des Jahres die schwere nordamerikanische Finanzkrise die Lage des Geldmarktes wesentlich verschärfte, wurden die europäischen Zentralbanken genötigt, zur Verhinderung einer übermäßigen Goldausfuhr den Diskontsatz auf eine seit Jahrzehnten nicht verzeichnete Höhe zu bringen. Zu der

Schwierigkeit der Geldbeschaffung

kamen der anhaltend hohe Stand der Preise für die meisten Rohmaterialien, eine Verteuerung der Rohlen, hohe Arbeitslöhne und zum Teil sehr umfangreiche, langwährende Arbeiterausstände, insbesondere im Baugewerbe, als wesentliche Umstände, unter deren Druck die deutsche Geschäftswelt im allgemeinen eine vorsichtige Zurückhaltung bewahrte.

Inzwischen ist, wie schon früher gesagt, eine allgemeine Wirtschaftskrise eingetreten. Die Berichte der Krankenkassen und der Arbeitsnachweise bestätigen das. So wird gemeldet, daß die preussisch-hessische Eisenbahn-Gemeinschaft in dem Etatsjahr 1908 mit einem Einnahmeausfall von ca. 70 Millionen Mark zu rechnen haben, eine Folge zu...

in Meinkirchen wird gemeldet, daß ab anfangs Oktober wesentlich 2 Feierschichten eingesetzt werden. Die Schneiderwerke in Nürnberg haben Arbeiterentlassungen vorgenommen, aus anderen Werken liegen ähnliche Nachrichten vor.

Ein besonders großes Heer von Arbeitslosen hat gegenwärtig England, nach der Statistik der Gewerkschaften in diesem Sommer schon 8 Proz. In Antwerpen sind viele Hafenarbeiter zur Zeit arbeitslos. In Amerika banert, bei einer allerdings kleinen Besserung, die wirtschaftliche Depression weiter.

Die Tatsache einer gegenwärtigen internationalen wirtschaftlichen Depression besetzt also. Sie belastet insbesondere die Arbeiterklasse gewaltig. Die Hauptfrage ist nun zunächst: wie können Wirtschaftskrisen verhindert oder doch gemildert werden?

Arbeiterinnenschutz.

Die Kommission zur Beratung der großen Gewerbeordnungsnovelle ist ca. 14 Tage früher zusammengetreten, als der Reichstag selbst. Bei der großen Belastung der jetzigen Session des Reichstages wollte man möglichst diejenigen Bestimmungen der Novelle durchberaten, welche nach der Verner Konvention im Jahre 1910 in Kraft treten sollen. Entsprechend beschränkte die Kommission ihre Beratung vorläufig auf den Arbeiterinnenschutz. Wenn dieser durchberaten ist, soll die große Zahl der vorliegenden Abänderungsanträge zu den übrigen Teilen der Gewerbeordnung in Angriff genommen werden. Diese letzteren Beratungen dürften sich wohl hinziehen bis zum nächsten Frühjahr. Die Kommission hat nunmehr den Arbeiterinnenschutz in erster Lesung beendet, und darf man ihr das Zeugnis ausstellen, daß sie in manchen Punkten erhebliche Fortschritte gegenüber dem früheren Zustand beschlossen hat. Ob all diese Beschlüsse aufrecht erhalten werden können und ob nicht schließlich die Regierung bei der zweiten Lesung oder bei den Plenar-Beratungen für einzelne Beschlüsse ihre Zustimmung verweigert wird, muß abgewartet werden. Das Resultat der Beratungen ist vorläufig folgendes:

1. Nachtarbeit der Frauen. Die Vorlage der Regierung bestimmt in § 137, daß Arbeiterinnen in der Nachtzeit von 8 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr morgens und am Sonnabend sowie am Vorabend von Festtagen nicht nach 5 1/2 Uhr nachmittags beschäftigt werden dürfen. Die Kommission hat hier beschlossen, als Nachtzeit die Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens und die Sonnabendarbeit auf 5 Uhr nachmittags zu beschränken.

2. Zehnstündentag für Arbeiterinnen. Die in der Vorlage vorgesehene Maximalarbeitszeit für Arbeiterinnen über 16 Jahre ist von der Kommission aufrecht erhalten worden. Für die Sonnabende vor Sonn- und Festtagen ist die zehnstündige Arbeitszeit vorgeschrieben. Die ununterbrochene Ruhezeit muß mindestens 11 Stunden betragen. Ein Antrag auf Einführung des Achtstündentages wurde abgelehnt.

Die Pausen sind nach dem Vorschlag der Vorlage beibehalten worden, so daß die Mittagspause mindestens 1 Stunde betragen muß. Ein Antrag, dieselbe auf 1 1/2 Stunden auszudehnen, wurde nach längerer Diskussion zurückgewiesen, weil die Debatte ergeben hatte, daß die Verhältnisse und Interessen der Arbeiterinnen, eine längere Pause wie eine Stunde zu erhalten, sehr verschieden war.

3. Arbeit verheirateter Frauen. Hierzu lag ein Antrag vor, die Arbeit der verheirateten Frauen generell auf 9 Stunden pro Tag zu beschränken. Die Antragsteller machen geltend, daß sie im Prinzip für ein vollständiges Verbot der verheirateten Frauen seien. Mit Rücksicht auf die entgegenstehenden Schwierigkeiten wollten sie aber nicht einen derartigen Antrag stellen. Wenn aber eine 10stündige Arbeitszeit für die Arbeiterinnen überhaupt festgelegt würde, dann sei für die verheirateten Arbeiterinnen eine 9stündige Arbeitszeit mindestens gerechtfertigt. Der Antrag wurde mit einer kleinen Minderheit abgelehnt; dagegen stimmten unter anderem auch die sozialdemokratischen Vertreter mit der Begründung, daß sie eine Differenzierung der Erwerbstätigkeit für verheiratete und unverheiratete Arbeiterinnen nicht wollten. Die Vorlage bestimmt weiter, daß Arbeiterinnen, welche ein Hauswesen zu besorgen haben, auf ihren Antrag eine halbe Stunde vor der Mittagspause zu entlassen sind, falls nicht die Mittagspause 1 1/2 Stunde beträgt.

4. Wöchnerinnen-Schutz. Der Schutz der Wöchnerinnen ist durch die Beschlüsse der Kommission erheblich ausgedehnt. Die Vorlage der Regierung ließ es bei den bisherigen Bestimmungen, nach denen Wöchnerinnen während 4 Wochen nach ihrer Niederkunft und während der folgenden 2 Wochen nur auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses beschäftigt werden dürfen. Der bisherige Schutz der Kommission lautet: „Arbeiterinnen dürfen vor und nach ihrer Niederkunft im ganzen während acht Wochen nicht beschäftigt werden. Ihr Wiedereintritt ist an den Ausweis geknüpft, daß seit ihrer Niederkunft mindestens sechs Wochen verstrichen sind.“

Auf Grund dieser Bestimmung ist also der Wöchnerinnenschutz absolut auf sechs Wochen nach der Niederkunft ausgedehnt. Außerdem steht es der Arbeiterin frei, mindestens 14 Tage vor der Niederkunft die Arbeit zu verlassen. Diese Aenderung wird einen erheblichen Einfluß auf die Krankenkassen ausüben, welche die Wöchnerinnenunterstützung entsprechend ausdehnen müssen. Bei der nächsten Revision des Krankenversicherungsgesetzes müssen entsprechende Bestimmungen getroffen werden.

5. Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Pause. Diese Frage spielt in der Verkürzung der Arbeitszeit eine erhebliche Rolle. In allen Gewerben, wo Heimarbeit und Fabrikarbeit nebeneinander gehen, war bisher der Mangel zu verzeichnen, daß sehr oft den Arbeitern nach der täglichen Arbeitszeit noch ein bestimmtes Quantum von Arbeit mit nach Hause gegeben wurde. Dadurch wurde natürlich die eigentliche effektive Arbeitszeit außerordentlich ausgedehnt.

Die Kommission hat hierzu folgenden neuen § 139a angenommen:

Arbeiterinnen darf für die Tage, an welchen sie in dem Betriebe die geistlich tätige Arbeit mit Hindurch beschäftigt waren, Arbeit zur Verrichtung außerhalb des Betriebes vom Arbeitgeber überhand nicht übertragen oder für Rechnung Dritter überwiegen werden. Für die Tage, an welchen die Arbeiterinnen in dem Betriebe kürzere Zeit beschäftigt waren, ist diese Velertragung oder Ueberweisung nur in dem Umfang zulässig, in welchem Durchschnittsarbeit ihrer Art die Arbeit vorausichtlich in dem Betriebe während des Restes der geistlich tätigen Arbeitszeit würden herstellen können und für Sonn- und Festtage überhaupt nicht.

Bei Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen des Abs. 2 kann die zuständige Polizeibehörde auf Antrag oder nach Anhörung des zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten (§ 139b) im Wege der Verfügung für einzelne Betriebe die Uebertragung oder Ueberweisung solcher Arbeit entsprechend den Bestimmungen des Abs. 2 beschränken oder von besonderen Bedingungen abhängig machen. Vor Erlass solcher Verfügungen ist den beteiligten Arbeitgebern und Arbeitnehmern Gelegenheit zu geben, sich lautlich zu äußern.

Gegen die Verfügung der Polizeibehörde steht dem Gewerbe-Unternehmer binnen zwei Wochen die Beschwerde an die höhere Verwaltungsbehörde zu. Gegen die Entscheidung der höheren Verwaltungsbehörde ist binnen vier Wochen die Beschwerde an die Zentralbehörde zulässig. Diese entscheidet endgültig.

6. Ausnahme von der zehnstündigen Arbeitszeit. Die Regierungsvorlage enthält im § 138 die Bestimmung, daß die Unterverwaltungsbehörde für die Dauer von 2 Wochen und für 60 Tage im Jahr Ausnahmen von der zehnstündigen Arbeitszeit gewähren könne, mit der Maßgabe daß die ununterbrochene Ruhezeit nicht weniger als 10 Stunden und die tägliche Arbeitszeit nicht mehr als zwölf Stunden betragen darf. Die Kommission hat beschlossen, die Ausnahmetage auf 40 im Jahr (anstatt 60) zu beschränken, und daß die Arbeitszeit über 9 Uhr abends nicht ausgedehnt werden darf. Der Absatz 5 des § 138 a enthält die Bestimmung, daß die untere Verwaltungsbehörde die Beschäftigung von Arbeiterinnen, welche kein Hauswesen zu besorgen haben und keine Fortbildungsschule besuchen, an Sonnabenden auch nachmittags nach 5 1/2 Uhr bis 8 1/2 Uhr gestatten kann. Die Arbeiter, die hier ins Auge gefaßt sind, betreffen in der Hauptsache Reinigungsarbeiten. Die Kommission hat hier einen Zusatz gemacht, daß die Ausnahmen gestattet werden können unter der Voraussetzung, daß die betreffenden Arbeiterinnen am folgenden Sonn- und Festtage arbeitsfrei bleiben. Seitens der Sozialdemokraten wurde beantragt, gesetzlich festzusetzen, daß den Arbeiterinnen, welche im Sinne des § 138 a über die tägliche Arbeitszeit hinaus arbeiten müssen, für die Ueberstunden 50 % Lohn mehr bezahlt werden solle, wie für die gewöhnliche Arbeitszeit. Der Antrag wurde nach lebhafter Debatte abgelehnt. Die Kommission erkaunte zwar einmütig an, daß im allgemeinen Ueberstunden besser bezahlt werden müßten, wie die normale Arbeitszeit. Die Gegner sahen jedoch in einer solchen gesetzlichen Festlegung eine Durchbrechung des freien Arbeitsvertrages in bezug auf die Lohnfestlegung. Man könne nicht in einem Nebenatz in der Gewerbeordnung ein solch wichtiges Prinzip durchbrechen.

Wenn die Gesetzgebung sich auf den Standpunkt stellen würde, daß Arbeiten über die normale Arbeitszeit höher gelohnt werden müssen, so müßte dies auch für alle Arbeiter ausgesprochen werden. Außerdem sei zu befürchten, daß durch die bessere Zahlung der Ueberstunden um 50 % den Arbeitgebern die Ausnahme für die längere Beschäftigung an den 40 Tagen seitens der Behörden zu leicht gewährt werde. Es wäre nicht ausgeschlossen, daß die Arbeiterinnen in ihrem Unverstand selbst solche Ueberstunden wünschten.

Ausnahmefugnisse des Reichskanzlers. Die Regierungsvorlage enthält die Bestimmung, in § 139 Abs. 3, daß der Reichskanzler eine anderweitige Regelung der täglichen Arbeitszeit für Arbeiterinnen als die zehnstündige gestatten kann, wenn besondere Verhältnisse dies erwünscht erscheinen lassen. Jedoch soll die Beschäftigung in diesem Falle elf Stunden täglich und 70 Stunden in der Woche nicht überschreiten. Die Kommission hat diesen Paragraphen gestrichen. Im Abs. 2 des § 139 ist vorgehien, daß die höhere Verwaltungsbehörde eine andere Regelung der Pausen

gestatten kann. Die Kommission beschloß hier, daß vor Erlass von solchen Verfügungen die betreffenden Arbeiterinnen, und wo Arbeiterausschüsse bestehen, diese schriftlich gutachtlich zu hören sind.

Ausnahme für Saisonarbeiten. Nach § 139 a ist der Bundesrat ermächtigt, für die Gewerbe, in denen regelmäßig zu gewissen Zeiten des Jahres ein vermehrtes Arbeitsbedürfnis eintritt, eine längere Arbeitszeit zu gestatten. Auch hier hat die Kommission entsprechend den Bestimmungen im § 138 a die Zahl der Ausnahmetage von 60 auf 40 reduziert. Für verheiratete Arbeiterinnen soll außerdem auch an diesen Ausnahmetagen an den Sonnabenden die Arbeitszeit 6 Stunden und für alle anderen Arbeiterinnen acht Stunden nicht überschreiten. In Betrieben mit ununterbrochenem Feuer und regelmäßigem Tag- und Nachtbetrieb kann der Bundesrat ebenfalls eine andere Regelung der Arbeitszeit verfügen, jedoch mit der Maßgabe, daß die Zahl der wöchentlichen Arbeitsstunden 58, für verheiratete Arbeiterinnen 56 nicht übersteigt.

Verbot der Frauenarbeit auf Bergwerken und Bauteil. Die WD. verbietet § 154 a die Beschäftigung von Arbeiterinnen auf Bergwerken, Eaffinen, Aufbereitungsanstalten und unterirdisch betriebenen Brücken „unter Tage“, jedoch nicht die Beschäftigung auf den Nebenanlagen genannter Werke „über Tage.“ Infolgedessen findet man in den östlichen Provinzen auf den Steinkohlenbergwerken noch vielfach Frauenarbeit. Ebenso ist es bekannt, daß in Süddeutschland noch vielfach Frauenarbeit auf Bauteil üblich ist. Nach den Kommissionsbeschlüssen ist nunmehr die Frauenarbeit auf den genannten Werken verboten. Die Regierung hat ihre Zustimmung dazu noch nicht erklärt, es ist jedoch bezeichnend, daß diese Beschlüsse einstimmig gefaßt wurden. Der Regierung gegenüber wurde vor allen Dingen geltend gemacht, daß es den Ansprüchen unserer Zeit nicht entspricht, wenn Frauen auf Bauteil Mühen tragen und Steine schleppen und wenn sie auf den Bergwerken die Schackelarbeiten leisten und in den Kohlenwägereien arbeiten. Außer auf den Bergwerken im östlichen Deutschland ist nirgendmehr die Frauenarbeit üblich. Auch die staatlichen Gruben in Oberdeutschland beschäftigen keine Frauen. Öffentlich bleibt der Reichstag in dieser Frage standhaft und läßt die Regierung sich nicht einschüchtern durch das Geschrei der oberirdischen Grubenmagdalen, umso mehr als erne dreißigjährige Frist bis zum Jahre 1912 vorzuleben ist, um den Bestimmungen des Gesetzes Rechnung zu tragen. Bezüglich der Frauenbeschäftigung auf Bauteil wird die neue Bestimmung so gefaßt, daß die Arbeiterinnen nicht zum Tragen von Lasten auf Materialtransporten beschäftigt werden dürfen.

Das sind die wichtigsten Beschlüsse der Kommission. Sie enthalten nach mancher Richtung hin einen erheblichen Fortschritt gegen früher. Öffentlich bleibt die Regierung gegenüber dem Aufsturm der Industriellen starr. Ganz besonders wird die Befestigung der Ausnahmetage des Reichstanzlers, sowie der Verkürzung der Ausnahmetage von der zehnstündigen Arbeitszeit von 60 auf 40 im Lager der Industriellen noch scharfe Opposition finden.

Jeder Freund des Volkes wird es freudig begrüßen, daß den Arbeiterinnen ein erhöhter Schutz zufließt. In den Arbeiterinnen selbst aber liegt es, neben der ihnen zuzuführenden Staatshilfe auch die Selbsthilfe nicht außer Acht zu lassen und durch Mitarbeit in der Organisation an der Lösung ihrer Lage mitzuarbeiten.

Das Arbeitslosenversicherungs-Problem

beschäftigt zurzeit wieder einmal in verstärktem Maße die Öffentlichkeit. Die gegenwärtige Krise mit ihren vielen Arbeitslosen — in Berlin wurden am 17. November circa 41 000 gezählt — hat diese Frage wieder in den Vordergrund gestellt. Im Reichstag haben in der vorigen Woche Verhandlungen über den Gegenstand stattgefunden, die eine gezeigt haben, daß die Reichsregierung dieser Frage noch analitisch aus dem Wege geht.

Im Hinblick hierauf ist es nun sehr erzwunglich, daß einzelne Bundesstaaten fortschrittlicher wie das Reich sind und der Sache wenigstens einmal näher treten. Einen begrüßenswerten Anstoß nach dieser Richtung hin hat Bayern gegeben. Die bayerische Staatsregierung (Ministerium des Innern) hatte auf den 17. Nov. zur Besprechung dieser Frage eine Konferenz einberufen, zu der die Vertreter der größeren Städte Bayerns, der Gewerkschaften, der Landwirtschaft, der Handels- und Gewerbe- und Handwerkerkammern sowie der verschiedenen Landtagsfraktionen geladen waren. Eine recht gut abgefaßte Denkschrift der Regierung, welche die anderswo gemachten Erfahrungen kurz und klar zusammenfaßte, war den Teilnehmern vorher zugefandt worden. Ueber die Verhandlungen dieser Konferenz, in der sich die „Gelben“ als Feinde ihres eigenen Standes selbst gebrandmarkt haben, berichtet „Der Arbeiter“ (München) folgendes:

Die Debatte, welche 6 Stunden währte, bewegte sich um die Frage, ob eine Arbeitslosenversicherung überhaupt am Platze und notwendig sei. Diese Notwendigkeit wurde nur von drei Seiten bestritten: von den Großindustriellen, der Landwirtschaft — und den gelben Gewerkschaften. Erstere meinten, es gebe zwar Arbeitsmangel, aber dieser müsse nur die über das Minimum in jedem Be-

triebe angestellten Arbeiter, nicht aber die gelernten und Lehrlinge. Dagegen konnte mit Recht von den Arbeitervertretern hervorgehoben werden, daß man eben auch für diese Arbeiterklasse sorgen müsse, daß aber die Praxis auch lehre, wie oft die Lehrlinge, gelernte Arbeiterklasse davon betroffen werde. Dagegen meinte der Vertreter der Schwaabener, daß man durch Deduktion der Arbeitszeit abhelfen könne. Er mußte aber dann selbst mitteilen, daß dieses Experiment in eigenen Werken die Unterstützungslasse in einem Quartal 10 456 Mark gespart habe. Das ist also kein Mittel gegen die Arbeitslosigkeit.

Die gleiche Bewertung fand die Meinung eines Vertreters der Landwirtschaft, daß die Tarifverträge, die dem Arbeitgeber beim Arbeitsmangel die Möglichkeit einzeln, wenn auch für niedrigere Löhne, so doch weiterarbeiten zu lassen, die Arbeitslosigkeit vermehre. Wir haben dabei selbst Großindustrielle mit dem Kopf schütteln sehen. Wenn die Landwirtschaft überhaupt von der Arbeitslosenversicherung ein Wachsen der Landfrucht jüchset, so mag das ja hier und da begründet sein, aber jedenfalls hat der Minister recht, wenn er betont, daß man auch diese Frucht überlasse und daß es wirksame Mittel gebe, diese Wirkung der Arbeitslosenversicherung hintanzuhalten. Jedenfalls ist es richtig, daß es auch im Winter auf dem Lande Arbeitslose gibt, und daß zum Teil auch darin eine Ursache für die Landfrucht zu suchen ist.

Die Gelben wollten keine Versicherung, weil die Arbeitgeber so schon hinreichend für ihre Arbeiterklasse sorgen. Wie ernst diese Leute genommen werden selbst von denen, welche sie beschützen, zeigte die Verweigerung eines angesehenen Städtevertreters, der mehr als 6000 Gelbe in seiner Gemeinde hat: „Die Gelben nehmen schon etwas, wenn sie es bekommen.“ Also: hungert sind sie schon, aber zu feige, um zu sagen, daß sie etwas wollen. Trotzdem wollten sie am Schluß in die Kommission gewählt werden, welche weitere Beratungen pflegen soll. Dagegen sträubten sich die Vertreter der Arbeiterklasse, welche die Gelben unbedingt nicht als Arbeiterorganisation anerkannt wissen wollten. Auch die Zentrumspolitiker stellten sich auf diesen Standpunkt, während der liberale Vertreter (Hr. Hübsch) sich wohl mit Worten als Gegner der Gelben proklamierte, trotzdem er sich in der Tat auf deren Seite stellte. Das wieder eine von den liberalen Inkonsistenzen zwischen Theorie und Praxis, an denen dieser ihr „sozialpolitischer Führer“ so reich ist. Interessant war auch die Tatsache, daß sämtliche Städtevertreter sich der Gelben annahmten; aber es half nichts, die Mehrheit lehnte sie ab.

Die Städtevertreter, die anfangs die ganze Arbeitslosenversicherung am liebsten auf das ganze Reich abgewälzt und damit auf die lange Daul geschoben hätten, mußten doch schließlich einsehen, daß sie am ehesten und am besten mit dieser gerade für die Gemeinden so bedeutungsvollen Aufgabe den Anfang machen müssen. Sie wäfen dazu schließlich auch bereit, wenn der Staat die Kosten trüge. Doch daß daran nicht zu denken ist, wenn diese auch zu Zuschüssen bereit ist, mußten sie bald erkennen, und so waren auch sie bereit, mitzutun, zumal auch die Arbeiterklasse sich bereit erklärte, ihrerseits Opfer zu bringen. Man war sich also schließlich einig, daß man diese Sache in Angriff nehmen müsse; nur über das „Wie“ gingen die Meinungen auseinander. Die Arbeitervertreter empfahlen das jogen Genter System, dem auch die Regierung zueigte, wonach die Gemeinden zu den Arbeitslosenunterstützungen der Gewerkschaften Zuschüsse leisten, diese also ihrer Fürsorge zu Grunde legen. Dagegen hatten die Städtevertreter aus Miftrauen gegen die Gewerkschaften ihre Bedenken und wollten das sog. Berner System, bei dem eine städtisch geleitete Kasse allen Arbeitern die Gelegenheit zur Versicherung bietet. Um nun über diese Frage ebenfalls eine Einigung zu erzielen, wurde eine Kommission zur Vorberatung gewählt, die ihr Resultat innerhalb drei Monaten vorlegen muß. Wir wollen also dies abwarten und werden dann darauf zurückkommen; einzelne wichtige Gedanken aus der Debatte werden wir noch hervorheben.

Somit „Der Arbeiter“ (München). Ob nun aus der Arbeit der eingesehten Kommission etwas praktisches herauskommen wird, muß, wie „Der Arbeiter“ betont, abgewartet werden. Mitzu große Hoffnungen wird man nicht hegen dürfen, um nachher keine Enttäuschungen zu erleben. Das Vorgehen der bayerischen Staatsregierung verdient aber auf alle Fälle Anerkennung, wenn sie auch im ersten Anlauf nicht alle Schwierigkeiten überwinden kann.

Die Gelben aber haben sich in dieser Frage wieder einmal in ihrem richtigen Licht gezeigt, nämlich an der Seite der reaktionärsten Scharfmacher und schlimmsten Arbeiterfeinde. Welche Schmach und welcher Hohn, daß diese Vereine sich als „Arbeiter“ Korporationen auszugeben wagen. Wenn die bayerische Regierung einen Fehler gemacht hat, so ist es der, daß sie diese Leute als „Vertreter“ der Arbeiter angesehen und eingeladen hat. In Zukunft werden sie nach ihrem allgemeinen sowie speziellen Verhalten in der bejagten Konferenz doch nur noch als „Vertreter des Kapitalismus“ zu betrachten sein, was wir ja, nebenbei gesagt, schon seit Bestehen dieser Gebilde getan haben.

Mit den Gelben in ein Horn tuten auch die Scharfmacher in der „Deutschen Arbeiterbewegung“. Dieses Blatt drückt in seiner Nr. 47 den von der bayerischen Regierung aufgestellten Fragebogen zwecks Schaffung von Unterlagen für eine eventl. Arbeitslosenversicherung ab, um dann die reaktionäre Bremse anzusetzen. Vorerst meint das Scharfmachervororgan ein paar Krokodilstränen vor Freude, daß eine Reichs-Arbeitslosenversicherung noch in weiter Ferne sei, wie das partikuläre Vorgehen Bayerns beweise. Damit sei wenigstens die „Gesfahr einer schematischen Regelung“ beseitigt. Das heißt auch mit anderen Worten gesagt: Was die Bayern machen, haben wir in Preußen noch lange nicht. Vorkampfer ist das Unternehmerorgan nicht frei von Beklammungen.

„Andererseits freilich zieht zu beschränken,“ schreibt es weiter, „daß uns von den einzelnen Bundesstaaten ge-

gebene Beispiel sehr bald die übrigen Bundesstaaten zur Nachfolge veranlassen wird, schon weil diese keine Lust bezeigen werden, sich unausgelebt den Vorwurf sozialer Rücksichtslosigkeit machen zu lassen.“ Das aber würde dann zu einem Wettstreit führen, der die schlimmsten Erwartungen der grundsätzlichen Gegner dieses Versicherungszweiges übertrifft würde.

Diese Angst des Scharfmacherblattes vor einer ernstlichen Inauguration des Arbeitslosenproblems ist typisch für die soziale Ansicht jener Klasse. Und darüber dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben, diese Klasse besitzen einen unheimlichen Einfluß auf die maßgebenden Faktoren in Staat und Gesellschaft. Hoffentlich wird die bayerische Staatsregierung aber ohne die Erlaubnis und Zustimmung der „Arbeitgeber-Zeltung“ die nun einmal angeschnittene Frage weiter verfolgen, bis sie eine Lösung gefunden hat, die im Interesse des Arbeiterstandes und des sozialen Friedens liegt.

Im Anschluß an obige Darlegungen gibt die „Arbeiter-Zeltung“ dann noch ihre grundsätzliche Stellungnahme zu der Frage einer Arbeitslosenversicherung wieder, die für uns Gewerkschaftler so interessant ist, daß wir uns in einem späteren besonderen Artikel etwas eingehender damit befassen wollen.

Körperpflege vor und während der Arbeit.

In einer am 2. November d. J. im Gewerkschaftshaus in Gamm i. B. stattgefundenen Mitgliederversammlung unseres Verbandes hat Herr Dr. med. G. Lomme (Hann.) einen Vortrag über das Thema „Körperpflege vor und während der Arbeit“ gehalten, der auch für unsere übrigen Mitglieder viel des Interessanten und Lehrreichen enthält und deshalb hier kurz wiedergegeben sei.

Dank der staatlichen Krankenversicherung sei die Arbeiterschaft in den Tagen der Krankheit vor Not geschützt und hätte somit Gelegenheit, die Krankheiten ausheilen zu lassen. Die Hauptsache, um gesund zu bleiben, sei Vorbeugung. Das beste Vorbeugungsmittel ist und bleibt richtige Lebensweise und Körperpflege. Wenn auch die Fortschritte in der Mikroskopie und Chemie die Handhabe bieten, die Krankheiten möglichst zu verhüten, und ihre Ausbreitung zu verhindern, so fehle doch ir allgemeinen das nötige Verständnis für die wirklich vorbeugend wirkende Gesundheitspflege.

Die Muskeln des Körpers empfangen die lebendige Kraft durch die Nahrungstoffe, die im Körper einen Verbrennungsprozeß durchmachen. Die Höhe der Leistungsfähigkeit hänge neben der Muskulatur von der Gewandtheit durch Übung und der Verstandeskraftigkeit ab. Daß die Gemütsstimmung, beeinflusst durch Stimmung und Not, sowie hohe Temperatur ermüdend wirke, dürfe wohl bekannt sein. Als gesundheitsgefährlich müsse er es bezeichnen, wenn die Arbeiter morgens eilig in die Kleider fahren und ohne Morgenmilk (heiße Milch, Mehlsuppe, Brot mit Butter oder Schmalz, rohes Ei — keinen Bohnenkaffee) zur Arbeit eilten. Eine kalte Abreibung jeden Morgen belebe die Hauttätigkeit. Die Pflege der Zähne und die Säuberung des Mundes verhüte manche Magenkrankheiten. In einer Statistik hätte er gefunden, daß 85 Proz. aller Krankheiten unter den Arbeitern Verdauungs-krankheiten seien.

Eine Zahnbürste müsse sowohl der Arme wie der Reiche haben. Nach Brenneinheiten berechnet, von denen der Mensch pro Tag 3500 notwendig habe, haben je ein Kilo mageres Fleisch nur 980 (wegen des hohen Wassergehaltes), fettes Fleisch 3270, Schinken 3790, Roggenbrot 2030, Weizenbrot 2290, Pumpernickel und Schwarzbrot haben gar keinen Nährwert, doch kann dasselbe, in kleinen Quantitäten genossen, anregend auf die Darmtätigkeit wirken; zuviel davon genossen, erzeugt Verdauungsstörungen. Beim Militär trägt man sich auch mit dem Gedanken, das Kommissbrot abzuschaffen. Am besten ist Brot aus Roggen- und Weizenmehl gemischt. Das Hlezzulande unter dem Namen Bauernstuten bekannte Brot würde also den gesundheitlichen Anforderungen am meisten entsprechen. 23 Proz. mehr Eiweißgehalt wie Fleisch haben durchschnittlich Reis mit 3920, Bohnen mit 3040 und Erbsen mit 2330 Brenneinheiten. Die Erbsen würden am besten ungeschält gekocht. Mit diesen pflanzlichen Nahrungsmitteln nehmen wir nicht allein Misch- oder Zuckersstoffe (Mehlehydrate) auf, sondern auch andere Stoffe: Fett und Eiweiß; falsch sei es, anzunehmen, daß wir Eiweiß nur durch Fleisch kost uns zuführen könnten. So enthielten Bohnen 25, Erbsen 21 Proz. Eiweiß. Dieses sei mehr, als im mageren Fleisch, das nur 21 Proz. Eiweiß enthält.

Zucker ist sehr nahrhaft (3830 Brenneinheiten). Beim Zuckergenuss müsse aber eine gewisse Grenze innegehalten werden, da sonst durch die Zuckersäure Gährungen hervorgerufen würden. Alle Gemüse sind zu empfehlen. Es empfiehlt sich eine vernünftige Abwechslung bei der Zubereitung der Nahrung. Eine gute Hausmannskost sei das beste. Selbstverständlich sollte das Fleisch dabei nicht ausgeschlossen werden. Der Genuß von Bohnenkaffee wirke auf die Dauer zerstörend auf Herz und Magen. Bei der Arbeit empfehle sich vielleicht ein leichter Teabsub. Der Brennwert des Alkohols trete erst dann in die Berechnung, wenn er in großen Mengen genossen werde. Dann habe er aber eine unvermeidliche Betäubung im Gefolge. Der Alkohol ist eben ein Mörder. Die vielen Unfälle, die der Alkoholgenuß verursacht, sollten Grund genug sein, ihn gänzlich zu vermeiden. Um die feindlichen Einflüsse bei der Arbeit zu verhindern,

Gewerkschaftliches.

Es stimmt noch immer nicht.

Die sozialdemokratische „Metallarbeiter-Zeitung“ befaßt sich in ihrer letzten Nummer (47) mit der Antwort, die wir auf ihre Anfrage bezüglich unseres jetzigen Beitrags- und Unterstützungswezens gegeben haben. Sie glaubt nun das „Dunkel“ (1) das über der Sache geschwebt habe, lichten zu können. Trotz alledem ist in ihrer jetzigen Darlegung noch immer ein Irrtum vorhanden. Die „Met.-Ztg.“ schreibt nämlich: „Für den 90-Pfg.-Beitrag wird vom dritten Tage an Krankenunterstützung, vom siebenten Tage an Arbeitslosenunterstützung bezahlt.“

Zu dieser falschen Auffassung mag die „Met.-Ztg.“ durch eine unklare Sachverbindung in unserer vorigen Notiz gekommen sein. Tatsächlich muß es folgendermaßen heißen:

„Für den 90-Pfg.-Beitrag wird vom dritten Tage an Erwerbslosen- (also Kranken- und Arbeitslosen-) Unterstützung bezahlt, und zwar auf die Dauer von 26 Wochen.“ — In der 60-Pfg.-Klasse wird die Unterstützung nur auf die Dauer von 20 Wochen bezahlt, wie es auch im soziald. Verband geschieht.

Nachdem sich die „Met.-Ztg.“ so lebhaft für unsere Verbandseinrichtungen interessiert, soll sie auch über diesen Punkt nicht im Unklaren bleiben. Schwer verständlich ist es aber, wie sie von einer „dunklen Sache“ reden kann, wo es sich doch um öffentlich gefaßte Beschlüsse handelt. Wir haben, wie schon in der vorigen Notiz betont, nicht das allgeringste Interesse daran, etwas von unseren Verbandseinrichtungen im Dunkeln zu halten, auch die kleinste Einzelheit kann das Licht der Öffentlichkeit ruhig vertragen.

Wenn die neuen Verbandsjahrgänge, die sich noch im Druck befinden, fertig gestellt sind, wird auch die Zeitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ein Exemplar erhalten, ebenso wie je bisher unsere übrigen Publikationen (wie Abrechnung, Geschäftsberichte usw.) zugestellt erhalten hat. Das mag doch auch der „Met.-Ztg.“ Beweis genug sein, daß wir nichts im „Dunkeln“ zu munkeln haben. Oder ist ihre diesbezügliche „Krankheit“ unheilbar?

Was sie dann nochmals über die Wasserfänger-Gürtelarbeiter schreibt, mag nach dem Reich der Beschäftigten. Wenn der soz. Verband die betr. Gürtelarbeiter „einfangen“ könnte, wär's schon recht. Aber so! Den bösen Christlichen gönnt man sie nicht. Was geht es andere Verbände an, einen wie hohen Beitrag die betr. staatlichen Arbeiter bezahlen? Und was sich der christl. Met.-Verband dabei gedacht hat, ist wiederum seine eigene Sache. Die Rolle des Fuchses in der bewußten Fabel mit den Trauben steht der „Met.-Ztg.“ wirklich nicht schön an. Das kommt aber nur von dem unersättlichen Magen her. — Im übrigen hoffen wir, daß wir mit obenstehenden Darlegungen die Neugierde wie auch alle Zweifel unserer Stuttgarter „Kollegin“ beseitigt haben.

Polizeiliche Auskünfte und Organisationszugehörigkeit.

In Nr. 45 unserer Zeitung haben wir unter diesem Stichwort einen Artikel der „Volkszeitung“ für Mark und Sauerland“ wiedergegeben, in dem der Hagener Polizeiverwaltung der Vorwurf gemacht wurde, daß sie Angehörige der christl. Gewerkschaften, die zu einer Reservistenübung einberufen waren, in Auskünften an die Militärbehörde als Sozialdemokraten bezeichnet hätte. In jenem Artikel war behauptet worden, daß infolgedessen diese Personen bei der Beförderung übergangen worden seien.

Diese sonderbare Angelegenheit hat nunmehr Anfang November das Hagener Stadtparlament beschäftigt. In der betr. Sitzung verlangte Stadtverordneter Linemann (ein Mitglied des christl. Sozialarbeiter-Verbandes) Auskunft über diese Vorgänge, wie so etwas bei einer Verwaltung möglich sein könne. Herr Oberbürgermeister Cuno gab die Möglichkeit zu, daß solche falschen Auskünfte von der Hagener Polizeiverwaltung gegeben seien. Ein Irrtum sei ja leicht möglich. Man wolle aber versuchen, die betreffenden Personen bei der Militärbehörde zu rehabilitieren. (!) Mit Recht hob Stadtverordneter Kippel in scharfer Rede hervor, daß es ja ganz schön sei, wenn die Verwaltung den Fehler wieder gut machen wolle; das ändere aber nichts daran, daß es sich hier um ganz unerhörte Vorkommnisse handle, die man einfach für ausgeschlossen halten soll. Es handle sich dabei um Leute, von denen durch ihr öffentliches politisches Auftreten sehr wohl bekannt sei, welcher Parteirichtung sie angehörten. Der Vorwurf der unerhörtesten Leichtfertigkeit könne der Polizeiverwaltung nicht erspart werden, die auf Gespräche am Bierisch hin Leute als zur Sozialdemokratie gehörig bezeichne, deren echt christlicher und nationaler Standpunkt über jeden Zweifel erhaben ist.

Nicht unbedient war das kollegiale Maß von Spott, das der sozialdemokratische Stadtverordnete Donath über die Polizeiverwaltung ausschüttete. Er ist bei Antritt seiner Reservistenübung der Militärbehörde als Sozialdemokrat gemeldet worden.

müsse ein ausreichender Lohn gezahlt werden. Die Arbeitszeit müsse um so kürzer sein, je mehr Aufmerksamkeit auf die Arbeit zu verwenden ist. Einige kurze Erholungspausen seien vielfach sehr angebracht. Der Einnahme größerer Mahlzeiten müsse eine halbe Stunde Ruhe folgen.

In Werkereien und allen staubigen Betrieben sei die Einnahme von Mahlzeiten im Betriebe ganz von der Hand zu weisen. Auch auf die Bekleidung müsse der nötige Wert gelegt werden. Die Kleidung muß so sein, daß die Hauttätigkeit dadurch nicht gehemmt wird. Gummi und Leder sind ganz zu vermeiden. Keinen versagt, sobald es naß geworden ist, Wolle bleibt auch dann pralls, wenn sie naß geworden, aber sie wird schwerer. Unterhosen sollen immer von lockerem losem Gewebe sein. Für den Schichtwechsel sollen Arbeiter, die viel schwitzen müssen, stets Reservewäsche bei sich haben. Ein öfterer Wechsel der Wäsche ist dann auch im Laufe der Woche geboten. Das Waschen der Brust in den Pausen, um dieselbe dem Fußzug auszuweichen, sei bei stark erhöhtem Körper sehr gefährlich. Vielfach hätten die Augenentzündungen daran ihren Grund.

Das Schuhzeug entspräche auch meistens nicht den hygienischen Anforderungen. Zu vermeiden seien Schuhe für beide Füße mit Spitzen und hohen Absätzen. Mancher werde erst auf Rheumatismus behandelt, dessen Krankheit in dem nicht beachteten Plattfuß begründet ist. Eine rechtzeitige Einlage könne da manches Gute wirken. Holzschuhe seien bei der Arbeit möglichst ganz zu meiden, da sie die Beweglichkeit hemmen und die Unfälle vermehren helfen. Irrig sei die Meinung, daß die Beseitigung des Schweißfußes andere Krankheiten nach sich ziehe. Durch tägliches Baden mit nachfolgender Spiritusabreibung und Wechseln der Strümpfe werden schon gute Erfolge erzielt. Arbeiter, die mit ihren Händen in Beizen usw. fassen müssen, sollten ihre Schuhhandschuhe am besten aus Wildleder — Gummi sei nicht zu empfehlen — so oft wie es möglich und angebracht sei, ausziehen, weil der Schweiß verchrot, auf die Haut wirkt. Daß Arbeiter, die mit Latex und Farben umgehen, auf besonders peinliche Sauberkeit achten und bei dem Reinigen ihrer Hände nach einem warmen Seifenbade auch die Bürste fleißig gebrauchen müssen, sei noch besonders hervorzuheben. Die Haut könne sich durch Anwendung von Spiritus oder Formolin noch besonders abhärten. Zur Säuberung des Körpers namentlich für Arbeiter, die ständig schwitzen und in staubigen Betrieben arbeiten müssen, werde Höffentlich jedes industrielle Werk durch Brausen und Badewanne beihilft sein.

Für die Beseitigung des Durstes sei das natürlichste Mittel das Wasser, das allerdings zu kalt und hastig getrunken die Magenstätigkeit lähmt und Magenverletzungen hervorruft, die nur selten ohne operative Eingriffe beseitigt werden können. Es empfiehlt sich darum, öfters schluckweise zu trinken. Anstatt des üblichen Kaffees ist Teeabsud zu empfehlen, weil dann, wenn es sich um nicht einwandfreies Wasser handelt, das Wasser abgekocht und schmackhafter sei. Die Gewohnheit, große Mengen Flüssigkeit jeglicher Art aufzunehmen, führe nicht allein zu einer Erschlaffung der Muskulatur des Magens, sondern sehr oft zu Magenverwehungen, die derartig bedeutende Grade annehmen könnten, daß oft nur durch Operation dem Kranken zu helfen sei.

Zum Schluß forderte Herr Dr. Gromme die Versammlung auf, mit dazu beizutragen, daß von den Unfall- und Krankenkassen eine genaue Statistik erlangt werde über die Sterblichkeit, die Unfälle (wann und zu welcher Zeit), Dauer der Krankheit und welche. Hoffentlich werde unsere Industrie auch recht bald eine billige und zweckmäßige Arbeitskleidung, die es bis heute noch nicht gäbe, auf den Markt bringen.

Reicher Beifall wurde dem Redner von der stark besuchten Versammlung zuteil. — Auf eine Anfrage erwiderte der Vortragende, daß das Zigarettenrauchen bei der Arbeit sowie das übermäßige Fußballspiel fast immer Herzkrankheiten im Gefolge habe. Ein Pfeifen oder eine Zigarre nach Feierabend zu rauchen empfehle sich schon deshalb, weil dies vielfach beruhigend und besänftigend auf manchen Mann wirkt. Ein schädlicher Einfluß des Zudergenußes auf die Zähne sei dann vorhanden, wenn die Mundsauberung zu wünschen übrig lasse.

In der Diskussion wurden noch interessante Angaben gemacht über die sanitären und hygienischen Einrichtungen auf hiesigen industriellen Werken. Dieselben sind an dieser Stelle schon eingehend besprochen, so daß sich ein Eingehen darauf erübrigt.

Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß im Laufe des Winters noch ein Vortrag über das Wohnungswezen und die Säuglingspflege gehalten werden sollten. Ferner wurde beschlossen, für alle Arbeiter, die aus der 70-Pennig-Kasse in die 1-Mark-Klasse gehen, wird die Karenzzeit auf 1/2 Jahr ermäßigt. Die Kosten trägt die Lokalkasse.

Zum Schluß noch ein Wort an die Frauen der Kollegen! In stattlicher Anzahl waren die Frauen der Kollegen erschienen. Höffentlich werden sie von jetzt ab zahlreich an den Versammlungen teilnehmen. Die nächste Versammlung ist am Sonntag, den 6. Dezember, abends 5 Uhr, im Verkehrslokal Feidstraße 94. Es wird ein Vortrag gehalten über grundsätzliche Fragen der Arbeit.

Die Hagener Polizei hat große Zeitungsauschnitte über Donath's Reden eingesehen; es ist ihm auch eröffnet worden, daß er mit Rücksicht auf diese Auskunft, obschon er Obergefreiter war, nicht befördert würde. Aber, so behauptet er, die Auskunft habe bewirkt, daß er sich einer sehr anständigen und zuvorkommenden Behandlung während der Übung zu erfreuen gehabt habe, und das sei doch die Hauptsache. In der fortgesetzten Debatte ging der Vorsitzende der Frage sorgfältigst aus dem Wege, wie solche falschen Auskünfte zustande kämen bzw. kommen könnten. Es kann der Hagener Polizeiverwaltung der Vorwurf nach dem Ergebnis dieser Stadtverordneten-sitzung nicht erspart werden, daß sie hier in sehr eigentümlicher Weise vorgegangen ist. Im Reichstags-tage dürfte die Sache noch ein Nachspiel haben.

Zum Terrorismusfall in Ehlingen.

nimmt die soziald. „Metallarbeiter-Zeitung“ in ihrer letzten Nummer Stellung, aber nicht etwa, wie man es von rechtshabenden Menschen erwarten sollte, um die brutalen Gewalttätigkeiten zu verurteilen, sondern um sie zu beschönigen und zu verteidigen. Dabei kann es nicht wundernehmen, daß der Terrorisierte dann auch noch verunglimpft wird. Daß unser Mitglieb Sch. von den Genossen Wüst und Frey mißhandelt wurde, kann auch der Verteidiger der Terroristen in der „Metallarbeiter-Zeitung“ nicht in Abrede stellen; das gibt er auch zu, aber die schlagfertigen Genossen sollen vorher gereizt worden sein. Das glauben die Obergenossen doch selber nicht, daß ein 58-jähriger Arbeiter, der dazu noch ganz allein als christlich Organisierter unter rabiaten Sozialdemokraten arbeitet, die letzteren provoziert hätte. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ muß auch selbst eingestehen, daß sich ihre Schützlinge schuldig fühlen, indem sie mitteilt, daß der Genosse Wüst sich zur Zahlung einer Entschädigung an den mißhandelten Sch. bereit erklärte.

Typisch an diesem Fall ist wieder, daß sich weder die „Metallarbeiter-Zeitung“, noch die Zeitung des sozialdemokratischen Verbandes zu einer Verurteilung solcher Gewalttätigkeiten aufschwingen kann. Im Gegenteil wird die schüchtern Hand über die Terroristen gehalten und ihre Rohheiten werden noch beschönigt und verteidigt. Das ist noch das verwerflichste an dem ganzen traurigen Terrorismuskapitel. Bei einer solchen Stellungnahme der Führer ist es nicht verwunderlich, wenn roh veranlagte Genossen ihrem „Brüderlichkeitsdrang“, d. h. ihrem Haß gegen Andersdenkende die Zügel schießen lassen. Auf diese Erziehungsmethode können die Obergenossen wirklich stolz sein.

Hirsch-Duncker'sche Jongleure.

Ein Müller von „Objektivität“ ist ein Artikel, der neuerdings durch die Hirsch-Duncker'sche Presse geht („Westdeutsche Post“, 44/08) und sich mit der gesamten Gewerkschaftsbewegung in Jahre 1907 befaßt. Am schlechtesten kommen hierbei die christlichen Gewerkschaften weg. Selbstredend werden überhaupt keine Mitglieberszahlen derselben angegeben. Angeblich weil die christlichen Gewerkschaften in diesem Jahre keine Zusammenstellung der Mitgliederbewegung veröffentlicht haben. Eine solche plumpe Lüge wagen die H.-D. Blätter ihren Lesern anzufüttern. Geradezu unglücklich! Und Leute, die so die Zeit verschlafen haben, die sich gegen unliebbare Tatsachen blind setzen, treiben in der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaftspresse ihr Unwesen.

Den schönsten Gentlestreich leistet sich der Artikel übrigens Inbezug auf die Kassenverhältnisse der christlichen Gewerkschaften — ob freiwillig oder unfreiwillig, bleibe dahingestellt. Die Endsummen sind nämlich durchweg am Schlusse um einige Nullen gekürzt worden, sodas genau der hundertste Teil der Summen herauskommt. So ergibt die Gesamteinnahme (4311495 Mk.) nur 43114 Mk., die Gesamtausgabe (3193978 Mk.) nur 31939 Mk. und der in Wirklichkeit am Jahresabschluss vorhandene Kassenbestand von 3487735 Mk. schrumpft glücklich zu 34877 Mk. zusammen. Eine Richtigstellung ist in der folgenden Nummer nicht erfolgt. Wir gönnen nun recht gern den Herren ein solch billiges Vergnügen, glauben nebenbei auch, daß bei der Freierung der Summen der lebhafteste Wunsch als Vater des Gedankens eine beträchtliche Rolle gespielt hat. Wie wir nun unsere Hirsch-Duncker'schen Reutchen kennen, werden auch sie eine lebhaftige Freude über eine solche Entwicklung der Dinge empfinden. „Mitgliederzahlen haben die Christlichen nicht veröffentlicht — folglich werden wohl nicht viele da sein. Eine Betrachtung der Kassenverhältnisse läßt dies fast zur Gewißheit erscheinen“, so werden sie kalkulieren. Stören wir ihnen die Freude nicht.

Da mit den Hirsch-Duncker'schen Mitgliederziffern schon seit langem kein Staat mehr zu machen ist, verlegt man den Schwerpunkt auf die Kassenverhältnisse und sucht durch eigenartige Rechenmethoden zu retten was zu retten ist. Bei einem Vergleich der Vermögensverhältnisse

Streiks und Lohnbewegungen.

Der drei Metallarbeiterorganisationen kommt man so zu dem Ergebnis, daß im Durchschnitt auf den Kopf des Mitgliedes entfallen bei den Strich-Dunderschen 47,07 Mk., bei den Christlichen 20,84 Mk. und beim sozialdemokratischen Verband 15,78 Mk. Eine solche Methode involviert um deswillen eine große Täuschung, weil bei den Strich-Dunders die vollständig als separate Einrichtung basierende Begräbnis- und Krankenkasse einbezogen ist. In der Gewerkschaftskasse (die allein für gewerkschaftliche Zwecke in Betracht kommt) war am Jahresabschluss ein Vermögen von 570 791 Mk. vorhanden, das macht auf den Kopf des Mitgliedes 14,76 Mk. Somit läme die Strich-Dundersche Organisation an die allerletzte Stelle. — Der Vermögensbestand der deutschen Gewerkschaften ist prozentual allen andern weit überlegen, so heißt es dann in dem Artikel. Das ist ein ordentlich billiger Trost, auf dem sich, wie wir glauben, die Strich-Dunderschen Strategen in der Zukunft noch viel mehr stützen können. Denn in demselben Maße wie die Mitglieder davonlaufen, wächst schließlich der prozentuale Anteil der noch Ansharrenden. Und die Strich-Dundersche Logik wird dann ihren vollendetsten Triumph feiern, wenn die „Häupter der Lieben“ bis auf eine vollends unbedeutende Gruppe zusammenschmolzen sind. Dann wird man noch viel mehr wie heute der staunenden Mitwelt verkünden können, daß der Vermögensbestand prozentual allen anderen weit überlegen ist. Wir haben wirklich nichts dagegen, wenn auf diese Weise die Strich-Dunderschen Gewerkschaften recht bald in die angenehme Lage versetzt werden, der Welt ihre „unbezwingliche Überlegenheit“ zu zeigen.

Sue berichtigt

Bekanntlich gehörte „Genosse“ Hue zu den Leuten, die mit ihrer Unzufriedenheit über den Verlauf der Nürnberger Parteitage nicht hinter dem Berge gehalten haben. Im sozialdemokratischen Verein zu Essen äußerte sich Hue in der abfälligsten Weise über den Parteitageverlauf, wie überhaupt über die Zustände in der Partei. „Wir sind nicht weit mehr vom Irrenhause!“ rief er nach dem Bericht der Essener sozialdemokratischen „Arbeiterzeitung“ (Nr. 235) aus. Jetzt bringt Hue eine Notiz in die sozialdemokratische Presse, in welcher er den obigen Satz in der angegebenen Form bestreitet. Sonderbar! Höchst sonderbar! Besonders wenn man berücksichtigt, daß seitdem die ganze sozialdemokratische Presse die Auslassung Hues gebracht hat, volle vier Wochen in S Land gegangen sind. Sonderbar auch, wenn man hört, daß die „Genossen“ ihrem „Oto“ an den Kranken wollen und der Streitsfall durch ein Schiedsgericht seine Erledigung findet. Einzig dalehend ist auch die Berichtigung des „Genossen“ Hue. Es heißt in demselben: „Ich habe dafür eine Anzahl trasse Fälle“ aus den letzten Jahren zitiert und rief darnach aus: „Wir sind doch in keinem Irrenhause!“ Also ich habe nicht gesagt: „Wir befinden uns nicht weit vom Irrenhause, sondern im Gegenteil, ich protestiere dagegen, daß wir es seien.“ Dunkel ist der tiebe Sinn! „Genosse“ Hue sucht etwas zu berichtigen, was sich durchaus nicht berichtigen läßt. Nach dieser famosen Nichtigstellung hat Hue gegen seinen eigenen Gedankengang protestiert. Nur er — und keiner vor ihm — hat die Parteizustände mit dem Irrenhause in Verbindung gebracht. Als aber nach Wochen die Sache brenzlich wird, protestiert Hue tapfer gegen eine Verbindung von Sozialdemokratie und Irrenhause, trotzdem nur er einem solchen Zusammenhang Raum gegeben hat. Berühmt Herr Hue, seit wann pflegt man denn gegen seine eigene Meinung oder — wenn die Meinung wirklich nicht vorhanden war — gegen etwas zu protestieren, was gar nicht da ist? Doch Heil dem Tapferen, der die Sozialdemokratie vor dem bösen Verdacht gerettet hat, als befände sich diese hinsichtlich ihres Zustandes nicht weit vom Irrenhause! Und wir? Wir bewundern aufs neue die „vielseitigen“ Eigenschaften des Herrn Hue.

Aus der Metallindustrie. Opfer der Arbeit.

Berlin. Im Kesselhause der Berliner Elektrizitätswerke platzte am 18. Nov. ein Kesselrohr. Der Dampf strömte mit solcher Gewalt in den Kessel- und Aschfallraum, daß die Ziegelsteine mit fortgerissen wurden. Von sechs Arbeitern, die im Gesicht, an den Händen und Füßen verbrüht wurden, sind zwei gestorben, einer leicht und drei schwerverletzt worden. Sappo. In dem Maschinenhause des Gajper Eisen- und Stahlwerks zerriß am 14. November plötzlich ein Treibriemen. Von den umherfliegenden Teilen des Riemens wurde der Arbeiter Karl Lehner so unglücklich getroffen, daß ihm der Schädel eingedrückt wurde. Der Mann war sofort tot.

Rheydt. Vor einigen Wochen wurde den Formern der Firma D. Freyung, Werkzeugmaschinenfabrik, eine 10 prozentige Lohnreduzierung angeknüpft. Diese Mitteilung rief unter den Formern erstaunte Gesichter und helle Entrüstung hervor und ein einstimmiges — Nein! — klang aus den bedrückten Herzen heraus. Denn die Wunden, welche die vor einigen Jahren gemachte 15 prozentige Lohnreduzierung geschlagen hat, sind noch nicht vernarbt. Und nun jetzt wiederum eine 10 prozentige Reduzierung in einer Zeit, wo schon seit Wochen nur noch 8 Stunden gearbeitet wird.

Durch eine gewählte Kommission ließen die Formern der Firma erklären, daß sie sich auf keine weiteren Lohnreduzierungen einlassen könnten. Wohl seien sie bereit, wenn die Firma Mangel an Aufträgen habe, die Arbeitszeit noch mehr zu verkürzen und, wenn es sein müsse, eine oder mehrere Schichten in jeder Woche ausfallen zu lassen.

Die Firma war anderer Meinung. Ihr Vertreter Herr Streif sagte: eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit halte er nicht für gut, sondern er beachtliche und hoffe, wenn die 10 prozentige Lohnreduzierung durchgeführt sei, daß dann vielleicht noch vor Weihnachten wieder voll gearbeitet werden könnte.

Die Vertreter der drei in Betracht kommenden Organisationen, christl. Metallarbeiter-Verband, freier Metallarbeiter-Verband und S.-D. Gewerksverein, versuchten nun, nachdem die Kommission schon vorstellig geworden, der Firma von ihrem Vorhaben betreffs der Lohnreduzierung abzuraten und eine Einigung herbei zu führen. Auch sie waren der Ansicht, daß es besser sei, wenn notwendig, die Arbeitszeit zu verkürzen. Denn sei einmal der Lohn reduziert, dann würde es später meistens zu Kämpfen führen, um den früheren Lohn wieder zu erhalten, und dieses läge doch weder im Interesse der Firma noch der Arbeiter.

Daß die Vertreter dabei gut getan hatten, diesen Gedanken zu äußern, zeigte sich sofort, da Herr Streif darauf erklärte, man könne es doch keiner Firma verdenken, wenn dieselbe bei schlechter Konjunktur dazu übergehe, die Löhne zu reduzieren. Dieses wäre doch etwas selbstverständliches.

Leider ist es bei den Arbeitern der Firma Freyung nicht selbstverständlich gewesen, die Konjunktur auszunutzen, sonst hätten sie bei der guten Konjunktur dafür gesorgt, daß die schon früher abgezogenen 15 Prozent schon längst wieder dabei waren.

Ebenso selbstverständlich ist es (sagte der Herr Vertreter), daß die Kosten zu Neubauten oder Umbauten resp. Vergrößerung des Betriebes, Anlegung von besseren Hebezeugen, Krähnen usw. doch nicht allein von der Firma getragen werden könnten, sondern von den Arbeitern dazu mit beigetragen werden müßte.

Von der Firma ist nun alles versucht worden, die 10 Proz. Lohnreduzierung durchzuführen. Den Formern wurde, nachdem dieselben verschiedentlich erklärt hatten, wir können nicht mehr heruntergehen, ein Schriftstück zum Unterzeichnen vorgelegt, daß sie mit der Lohnreduzierung einverstanden wären. Als dieses nun keiner unterzeichnen wollte, soll ein neues Schriftstück einzeln Formern zum unterzeichnen vorgelegt worden sein, wo dieselben erklären sollten, daß sie aus den gewerkschaftlichen Organisationen austreten würden.

Die Arbeiter haben sich auf nichts eingelassen. Daraufhin hat nun die Firma sämtliche in der Fabrik beschäftigten Arbeiter gekündigt. Also sämtliche vom ältesten bis zum jüngsten, ja sogar hat dieselbe die kranken Arbeiter nicht vergessen, da denselben die Kündigung schriftlich zugestellt wurde.

So springt die Firma mit ihrem alten eingesejjenen Arbeiterstamm um. Den Arbeitern, die bisher noch gedanken- und tatenlos in den Tag hineinlebten und der Organisation fernstanden, denen werden nun doch die Augen endlich aufgehen. Für die Firma ist es „selbstverständlich“, so erklärte ihr Vertreter, daß bei schlechter Konjunktur an den Löhnen gezwackt wird. Nun muß es auch für die so gezwackten Arbeiter selbstverständlich sein, daß sie in der Gewerkschaft treu und fest zusammenhalten, um einer solchen Verschlechterung ihrer Lage entgegenzutreten zu können. Vor allen Dingen muß es jedoch ebenso selbstverständlich sein, bei guter Konjunktur die heruntergedrückten Löhne wieder zu erhöhen und das ist nur möglich, wenn die Kollegen alle organisiert sind und ihre Pflichten als Gewerkschaftler gewissenhaft erfüllen.

Machen. Ueber die Beendigung der Aussperrung im hiesigen Gießereigewerbe berichtet die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ (Nr. 47) in folgender unrichtigen Weise: „Die Gießereiarbeiter stigten sich dem vom Arbeitgeberverband gestellten Bedingungen.“ In Wirklichkeit ist ja das Gegenteil der Fall. Der Arbeitgeberverband hatte die Unterschrift einer Erklärung verlangt (siehe vorige Nummer d. Btg. Red.), wonach die Arbeiter sich verpflichten sollten, den Zugang von auswärtig in das Gebiet des Arbeiterverbandes nicht mehr zu behindern. Als die Arbeiterorganisation sich weigerte, diese weittragende Erklärung zu unterschreiben, erfolgte tatsächlich die Aussperrung. Sie hatte aber noch kaum eine Woche gedauert, da sich der Arbeitgeberverband ein, daß er zu weit gegangen war und bereitete auf die Unterschrift des bejagten Heberles. Er be-

gnügte sich dann mit dem schon früher beim Abschluß der Differenzen bei Görres seitens der Arbeiter gegebenen Versprechen, aus Anlaß dieser Bewegung keine Sperre fortzuführen zu lassen. Das ist der Hergang der Dinge, wie sie sich in Wirklichkeit abgepielt haben. In der Unternehmerpresse wird dann das Gegenteil davon berichtet.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Einblar Bez. Köln. Die Arbeiter der Fellenfabrik Wwe. R. Klein stehen im Streik infolge von Lohnreduzierungen von 10—15%.

Machen. Bei der Firma J. C. & W. Stumpen [Nadelfabrik] stehen die Richter im Streik.

Malen (Wettbg.) Im Ketten schmiedegewerbe sind wegen Nichtinhaltung des getroffenen Vereinbarungs seitens der Arbeitgeber Differenzen ausgebrochen.

Waldhof bei Mannheim. Bei der Firma Rudolph Otto Maier stehen die Arbeiter behufs Abwehr von Lohnabzügen im Streik.

Bremen. Hier selbst sind die Heizungsleute ausgeperrt.

Schwelm. Die Arbeiter der westfälischen Holzschraubenfabrik G e r b e s & C o m p. stehen im Streik.

Rheydt. Bei der Firma D. Freyung, Werkzeugmaschinenfabrik, sind infolge von Lohnabzügen Differenzen ausgebrochen.

Zuzug ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 22. Novbr. 1908 der neunundvierzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 22. bis 29. November fällig.

Die Ortsgruppen Pegnitz, Glabbe i. W. n. Dulsburg-Laar erhalten die Genehmigung zur Erhebung eines Wochenbeitrages von 70 Pf.

Die Mitbezahlung hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder. Alle Kollegen, die Arbeit suchen sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine freigestellten Beamten und Arbeitsnachweise sind, hat diese Meldung dennoch bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Zahlstelle unseres Verbandes besteht, wende man sich an den zuständigen Bezirksleiter oder den Zentralvorstand. Das gleiche gilt auch für diejenigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

Alle den Verband betreffenden Zuschriften ohne Unterschrift, sowie alle Geldsendungen für den Verband sind an die Geschäftsstelle des christlichen Metallarbeiterverbandes, Dulsburg, Seitenstraße 19 zu adressieren.

Den Zeitungsendungen liegt ein Rundschreiben an die Zahlstellenvorstände bei, das zu einer weiteren Verbreitung des Jahrbuches der christlichen Gewerkschaften für 1909 anregen soll. Für die Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute ist das neue Jahrbuch auch als ungemein praktischer täglicher Notizkalender äußerst wertvoll. Deshalb sei das Rundschreiben der Beachtung besonders empfohlen.

Aus dem Verbandsgebiet.

Henne. Der bekannte Agitator, Schwank in einem Aufzug. Diesen Titel trug ein Bühnenspiel, welches der „Regulator“, Organ des S.-D. Gewerksvereins der Maschinenbauer und Metallarbeiter, kürzlich den Ortsvereinen zum Gebrauch bei Vereinsfestlichkeiten unter anderem empfahl. Die Erstaufführung, allerdings nicht auf der Bühne, sondern in Natura, fand hier in Henne statt und zwar auf folgende Weise: Im letzten Quartal 1907 und im ersten Quartal 1908 hatten unsere Kollegen die Sektion Henne durch eifriges Arbeiten erfreulich in die Höhe gebracht. Besonders hatten auch die evangelischen Arbeiter sich zahlreich unserem Verbands angegeschlossen. Dieses ging einem Herrn Jehn, einem bekannten Katholikenprediger, gegen dem Strang. Herr Jehn, dem seine Strich-Dunderschen Kollegen nachsagen, daß er die Schuld trage, daß ihr Ortsverein am hiesigen Orte so enorme Rückschritte gemacht, war aus Gründen, die wir hier nicht näher erörtern wollen, vom dem Ortsverein S.-D. ausgeschlossen worden. Er trat dann dem Ortsverein S.-D. aus. Auch dort sollen jedoch seine Verdienste um die Strich-Dundersche Sache nicht besonders anerkannt worden sein, und der Generalkrat hatte ihm, wie der Kassierer des Ortsvereins Henne erzählte, auch hier wieder hinans geschickt. Trotzdem verteilte Herr Jehn

Bei jeder passenden Gelegenheit die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine. Diesem Herrn Hehn waren nun die Verlassenen Landtagswahlen eine willkommene Gelegenheit, seine Herzarbeit in Szene zu setzen. Besonders hatte er es auf unsere Kollegen Wöpel abgesehen. Es gelang ihm auch durch allerhand Währchen und Verleumdungen, bei denen die politischen Leidenschaften zu werden und der sonst recht eifrige Kollege Wöpel erklärte nun auf der Werkstat seinen Kollegen, der Verband habe keinen Zweck. Infolge dessen traten auch einige andere Kollegen aus unserm Verbands aus.

Herrn Hehn schen nun auf Grund solcher „Verdienste“ der Augenblick gekommen, wieder Mitglied des Ortsvereins (S.-D.) in Szene zu spielen. In einer Monatsversammlung dieses Vereins wurde dem Mitgliedern die freudige Botschaft verkündet, Herr Hehn werde circa 30 Mitglieder des Hirsch-Dunder'schen Gewerksverbandes mitbringen. Jedemfalls war hier der Wunsch Vater des Gedankens. Auch den Hirsch-Dunder'schen Mitgliedern schien das einzuflechten und Lehnten das Hebesilvern ab. Herr Hehn und unser gewesene Kollege Wöpel ließen nun kurzlich an eine Reihe von evangelischen Kollegen, wobei unsere ehemaligen Mitglieder besonders berücksichtigt wurden, per Post Einladungen ergehen, zu einer wichtigen Besprechung am 6. November, abends 8 Uhr, im Restaurant zur Reichstrone. Jedemfalls sollten nun die 30 Mitglieder unseres Verbandes zur Strecke gebracht werden. Wir waren nun der Meinung, daß Herr Hehns Hebesilvern nun doch Erhöhung bei den S.-D. gefunden, und auch unser gewesener Kollege Wöpel dort gelandet sei. Von einem Vorstandsmitglied des Ortsvereins (S.-D.) wurde uns jedoch erklärt, daß beide nicht zu ihnen gehörten. Herr Wöpel hätte zwar beitreten wollen, doch Herr Hehn müsse ihn zurückgehalten haben. Zudem habe uns auch vor nicht langer Zeit der S.-D. Bezirksleiter Herr Pieper aus Gelsenkirchen erklärt, daß Herr Hehn nicht mehr zum Gewerksverein S.-D. gehöre. Wir und auch das Hirsch-Dunder'sche Vorstandsmitglied kamen nun zu der Überzeugung, daß es sich bei der Besprechung um Gründung eines nationalen, des „gelben“ Metallarbeiterverbandes handeln sollte. Wir beschloßen freundschaftlich, in Corpore dieser gelben Sitzung beizuwohnen.

Gesagt, getan. Doch o Erstaunen. Neben Herrn Hehn trafen wir noch einige Hirsch-Dunder'sche Größen, sonst aber leider niemand. Dann, erneutes Erstaunen, traf Herr Parteisekretär Wenderich und Herr Bezirksleiter Pieper aus Gelsenkirchen ein. Letzterer klärte nun schnell im Flüsterton das bei uns sitzende Hirsch-Dunder'sche Vorstandsmitglied über die Aktion auf und reiste schleunigst wieder nach Gelsenkirchen ab. (Er, ei; also der S.-D. Bezirksleiter Pieper aus Gelsenkirchen war der Oberregisseur dieses Kaspartheaters. Und als er seine Rolle entlarvt sah, entfloß der mutige Streiter, noch ehe der Vorhang in die Höhe ging. So hat es der „geistvolle“ Vater des Sowjanis: Ein verkannter Agitator doch nicht gewollt? D. W.) Später erfuhr man dann auch, daß es sich um Gründung einer neuen Ortsverwaltung des S.-D. Gewerksvereins der Maschinenbauer und Metallarbeiter handeln sollte. Dem Vorstand des alten Ortsvereins war allerdings nichts davon bekannt, sondern diese Aufgabe sollte dem Herrn Hehn unter dem Protektorat des Bezirksleiters Herrn Pieper zufallen. Herrn Hehn war dadurch Gelegenheit geboten, entgegen dem Willen der Hirsch-Dunder'schen Mitglieder wieder Gewerksvereiner zu werden. Und glücklicherweise fand sich denn auch ein alter Mann, der gern einer zweiten Krankenkasse angehören wollte, ein. Von unseren ehemaligen Mitgliedern war leider keiner erschienen, sogar der Mitinhaber, der genannte Kollege Wöpel blieb unsichtbar. Also der verkannte Agitator in Szene, Herr Hehn und noch ein ehemaliges Hirsch-Dunder'sches Mitglied suchten nun schleunigst mit dem einen erscheinenden Mann ein Nebenbühnenstück auf und hier soll nun das ebenfalls empfehlene Lustspiel: „Er soll und muß in den Gewerksverein hinein“ zur Aufführung gelangt sein.

Ein drittes Bühnenstück: „Einer vom Generalrat kommt“, Schwan in einem Aufzug, wird man sich für eine spätere Gelegenheit aufbewahrt haben. Das Interessante bei der Sache ist, daß der Bezirksleiter Herr Pieper über die Köpfe der Mitglieder hinweg mit einem ausgesprochenen Mitglied auf den Bauernfang geht, um denselben Gelegenheit zu geben, entgegen dem Willen der Mitglieder, wieder Gewerksvereiner zu werden. Da bleibt denn da das bei den Hirsch-Dunder'schen so viel gepriesene demokratische Prinzip? Das dürfte Herr Hehn nun allerdings daraus gelernt haben, daß es furchtbar leicht ist, die Arbeiter aus der Organisation herauszuheben, aber desto schwerer, auf den Trümmern eine neue Organisation aufzubauen. Die Kollegen aber, welche unserm ehemaligen Kollegen Wöpel ein so williges Ohr geschenkt haben, werden daraus ersehen, welche schlechten Dienst sie sich selbst erwiesen haben, als sie sich verheßen ließen und ihre wohlverdienten Rechte in unserm Verbands preisgaben. Mögen sie daraus lernen und den Fehler wieder bald gut machen, indem sie in unsere Reihen zurückkehren.

Mülheim! (Rhein). Die Drahtziehersektion Mülheim hielt am Sonntag, den 8. November ihre erste Generalversammlung ab. Aus dem Jahresbericht ist zu entnehmen: Im Oktober 1907 trafen auf Anregung des Kollegen und Bezirksbeamten Döring-Röll die Kollegen des Drahtzieherberufes der Ortsgruppe Mülheim zu einer Sektion zusammen. Die Notwendigkeit einer Sektion der Drahtzieher ergibt sich aus den ganz eigenartigen Verhältnissen der Drahtbranche. Der Drahtzieherberuf ist gewissermaßen das Rückgrat der Drahtfabrikation.

Als moderner Großbetrieb in der Drahtfabrikation steht unabweisbar die Firma Felten-Guilleaume-Lahmeyer-Werke in Mülheim a. Rhein da. Von den dort beschäftigten 6000 Arbeitern sind gegen 700 Drahtzieher. Aber die Drahtzieher genannten Werke haben es bis heute noch nicht in der richtigen Weise verstanden, ihre Interessen wahrzunehmen. Die große Mehrzahl lebt gleichgültig in den Tag hinein, denkt nicht an Aufklärung und Schulung für den eigenen Beruf. Solidaritäts- und Zusammengehörigkeitsgefühl sind der größten Mehrzahl fremde Begriffe. Da nun die Aufklärung über Berufsfragen innerhalb einer Ortsgruppe im Mülheimer Bezirk vertrieben sind, mit in unmittelbarer Nähe geschehen kann, war die Notwendigkeit zur Gründung einer Sektion der Drahtzieher gegeben.

Diese Aufklärung über den eigenartigen Beruf, über die Vertretung der Mitstände, welche noch bergeshoch angestrebt sind, und über die Mittel zur Hebung des Berufs, war Gegenstand von Vorträgen in unseren monatlich stattfindenden Mitgliederversammlungen. Der Besuch der Mitgliederversammlungen kann denn auch als befriedigend angesehen werden, obgleich einige Kollegen es noch nicht für notwendig erachtet haben, auch nur einmal im Jahr die Mitgliederversammlung zu besuchen. Deshalb ergeht auch von dieser Stelle aus der Ruf an alle Kollegen, besucht in Zukunft besser die Mitgliederversammlungen. Hier werden alle Fragen behandelt, welche für die Drahtarbeiter von Bedeutung sind. Tragt die Aufklärung hinaus unter die noch abseits stehenden Kollegen, damit die Drahtziehersektion von Mülheim immer mehr erstarkt zum Segen des ganzen Berufes.

Auf diese Weise wird auch bei den auswärtigen Drahtziehern der Berufstolz und das Selbstwertgefühl geweckt. In der nachfolgenden Diskussion wurde besonders das Behr gewesen einer scharfen Kritik unterzogen. Es ist dieses auch ein sehr wichtiger Punkt für den Drahtzieherberuf. Alle Kollegen waren sich auch darin einig, daß die Agitation intensiver betrieben werden müsse. Es sei noch eine Menge Berufskollegen vorhanden, die noch nicht für den Verband gewonnen seien, aber in ihrer größten Mehrzahl noch auf einem christlichen Standpunkt stehen. Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand zumeist wiedergewählt.

Es gilt es, die Worte in die Tat umzusetzen. Besonders wo die wirtschaftliche Krise mit aller Schärfe unter den Drahtziehern hervortritt, muß es Aufgabe eines jeden Kollegen sein, beim Indifferenten darauf hinzuweisen, wie er sich verhältigt hat gegen seine Mitarbeiter. Wie gerade er eine große Schuld an der heutigen schlechten Lage seines Berufes trägt. Weiter muß es Aufgabe eines jeden Kollegen sein, dahin zu wirken, daß sich unsere Zahl bei der nächsten Generalversammlung verdoppelt hat. Gewiß ein beachtlicher Wunsch.

Die Versammlungen der Drahtziehersektion finden jeden zweiten Sonntag im Monat im Lokale Siebert, Ecke Frankfurt- und Gladbacherstraße, statt.

Grüße. Die Versammlung am 24. Oktober, zu der die Kollegen schriftlich eingeladen waren, war gut besucht. Kollege Weinbrenner gab uns einen eingehenden Bericht über die Generalversammlung unseres Verbandes. Die marxistischsten Stellen unseres Heftes vom Abg. Maier über Syndikate und Kartelle wurden wiedergegeben. Auch das Penzionskastentreiben wurde vom Redner geschilbert. Den Wert der Statistik für unsere gesamte Bewegung zeigte uns Kollege Weinbrenner an aus dem Leben entliehenen Vorgängen, wie Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Krankeheiten im allgemeinen, insbesondere deren Berufskrankheiten, Wohnungsfrage usw. Die Kollegen sollten doch nicht mit ihren Angaben, wenn es nötig sei, aus unbegründeten Ursachen zurückhalten, denn nur durch eine richtige Erfassung der Lage der Arbeiter könnte für die Arbeiter etwas geschehen.

Nachdem den Anwesenden noch die notwendige Erhöhung der Beiträge klargestellt worden war, wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, die Beiträge auf 65 Pfg. zu erhöhen vom 1. November ab. Alsdann wurde nach längerer Diskussion beschlossen, am 1. Januar 1909 die Bildung der Ortsverwaltung Herold zu vollziehen.

Mögen die Anregungen gute Früchte tragen. Die Versammlungen sind zur Schulung der Mitglieder da, darum dieselben regelmäßig besuchen, besonders im Winter; jeder Kollege muß Interesse zeigen, auf seine Nebenkollegen einwirken, fleißig für den Verband werben, dann geht es auch vorwärts. In die Kollegen, die der Versammlung nicht beigewohnt haben, richten wir die Bitte, nicht wegen der paar Pfg. mehr der Organisation untreu zu werden. Beherrschet die empfangenen Lehren vom Sommer, stärkt unsere Reihen zu euerem und eurer Familie Wohl und Segen. Kämpfe jeder mit, denn nur der Feigling bleibt zurück. R. J.

Stegen. Unsere am Sonntag, den 1. November abgehaltene außerordentliche Mitgliederversammlung hatte sich eines zahlreichen Besuches zu erfreuen. Nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten schritt man zur Beratung des Hauptpunktes der Tagesordnung: „Erhebung eines Sozialzuschlags.“ Kollege Gierz begründete in längerem Ausführungen die Notwendigkeit dieser Maßnahme. In der anschließenden Diskussion, an der sich die Kollegen zahlreich beteiligten, erkannten sämtliche Redner die Notwendigkeit der Erhebung eines Sozialzuschlags an. Nur über die Höhe und den Zeitpunkt seiner Einführung war man geteilter Meinung. Die Kollegen Wolters und Möller sprachen sich für die Erhebung eines Sozialzuschlags von 10 Pfg. ab 1. November aus. Kollege Kill plädierte für einen solchen von 5 Pfg. pro Woche. Andere Kollegen waren der Ansicht, mit der Einführung des Sozialzuschlags bis zum Frühjahr zu warten. Bei der nun folgenden Abstimmung wurde die Erhebung eines Wochenbeitrags von 70 Pfg. ab 1. November mit großer Mehrheit angenommen.

Der Versammlung wurde soeben bekannt gegeben, daß von jetzt an jeden Dienstag abend bei Maschinen der Unterrichts-kursus stattfindet. Eine ganze Anzahl der anwesenden Kollegen erklärten sich bereit, ständig den Sitzungen beizuwohnen. Zum Schluß wurde beschlossen, in diesem Jahre eine Weihnachtsfeier zu veranstalten und die Vorbereitungen dazu einer dreigliedrigen Kommission übertragen.

Kollegen von Siegen! Durch die Beschlüsse in dieser Versammlung habt ihr bewiesen, daß ihr die gewerkschaftlichen Aufgaben richtig erfahrt, und in Bezug auf Opferwilligkeit hinter keiner Ortsgruppe unseres Verbandes zurückbleibt. Sorgen wir nun dafür, daß es immer so bleibt. Arbeitet wir aber auch nach außen hin, damit unsere Ortsgruppe immer mehr erstarkt. Jeder sei ein Agitator für unsere Sache! Vorwärts immer, rückwärts nimmer!

Mühlhausen im Elsaß. Nicht unangebracht dürfte es sein, auch die hiesigen Kollegen einmal an ihre Pflicht zu erinnern. Zunächst soll es Ehrensache jedes einzelnen sein, in der Agitation tätig eingzugreifen, um der guten Sache zu dienen. Aber ebenso notwendig ist es, daß die Beteiligung am Verhandeln eine viel regere wird als bisher. Die Zeiten sind ernst und muß darum jetzt Hand

angelegt werden, dem Verbands während der Wintermonate zahlreiche Mitglieder zuzuführen. Vor allem rege Teilnahme an den Monatsversammlungen. Dadurch ist es uns möglich, daß wir uns gegenseitig kennen und schätzen lernen. Der Hauptgrund unseres verhältnismäßig geringen Agitationserfolges liegt lediglich im schlechten Versammlungsbesuch. Wenn jeder Kollege das sein würde, was man von ihm als Gewerkschaftler verlangen könnte, würden wir bis Jahreschluss ganz bestimmt die doppelte Mitgliederzahl erreichen. Ist es denn zu viel verlangt, daß im Monat die zwei Stunden gern und freudig für die Gewerkschaftsfrage geopfert werden, das sollte jeder standesbewusste Kollege schließlich selbst einsehen und sich eine Ehrenpflicht daraus machen, oft einen Inorganisierten mit in die Versammlung zu bringen.

Nicht zu vergessen ist ferner, daß Mitglieder, die einmal aus irgend einem Grunde nicht in den rechtzeitigem Besiß des Organs gelangen und der Beitrag ein paarmal vielleicht nicht richtig abgeholt wird, nicht kopfscheu werden. Die Kollegen sollten sich dann in solchen Fällen dem Vertrauensmann selbst, oder dem Vorsitzenden melden. Wie mancher Kollege hat aber gerade in dieser Hinsicht so wenig Einsicht, indem er sich vielleicht wochenlang unbeachtet läßt und so kommt es dann schließlich, daß durch einige noch nachzuzahlende Wochenbeiträge Folgen entstehen, die bei nur einem gutem Willen der betreffenden Kollegen spielend leicht abzumenden gewesen wären. Ein tüchtiger, eifriger Gewerkschaftler bebt sich eventuell selbst, d. h. bleibt mal der Vertrauensmann mit Marken und Zeitungen aus, nun, dann geht er eben selbst zum Vertrauensmann oder Vorsitzenden und macht seine Sache selbst in Ordnung. Selbst beim besten Willen ist es nicht immer möglich, jemand nachzulaufen. Drum, selbst Hand ans Werk, wenn es sein muß!

Erwähnt zu werden verdient besonders die Ausbauer jener Kollegen, die einen so nachsahungswerten Eifer in der Agitation an den Tag legen. Leider sind es nur einzelne. Wenn diese mit den kühnsten Phantasten in die Bewegung treten, so ist das nur zu begrüßen. Haben die selben aber eine Ahnung von den großen Schwierigkeiten der Gewerkschaftsbewegung, so muß leider oft konstatiert werden, daß die so notwendige zähe Ausdauer in der Regel fehlt. Würden aber diese Arbeiter ihre Standesbewußtheit hoch halten, so würden sie sich damit abfinden, Vorkämpfer der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu sein und sich erinnern, daß ohne Kampf kein Sieg zu erhoffen ist. Oft passiert es ja, daß es vielleicht mal drei Schritte vor und zwei Schritte zurück geht. Vorläufig ist darüber nicht hinweg zu kommen, da dies das Los der Gewerkschaftsbewegung überhaupt ist: als Beweis diene die große Fluktuation in allen Verbänden. Massen erobern und zugleich jenseit, ist schwer; aber mühsam einen nach dem andern zu erobern suchen für unsere Sache, ist sicher des Schweißes der Gebeiten wert; denn nur der erwirbt sich Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß!

Darum Kollegen, den Mut und Eifer nicht verlieren, nur Beharrlichkeit führt zum Ziel! Hinein in den Unterrechtskurzus, der hier für uns alle besteht, schält und rüftet auch zur ersten Arbeit! Besuchet regelmäßig unsere Versammlungen, erwidert pünktlich und freudig die Beiträge, agitiert unermüdet trotz oft vermeintlicher Mißerfolge und so zeigen sich die guten Tugenden, die jeder Kollege in die Tat umsetzen soll! Wenn alle in diesem Sinne weiter arbeiten, dann wird die Zukunft, wenn auch langsam, aber desto sicherer unser werden. Darum, frisch ans Werk, Kollegen, daß wir mülig unsere Rechte durch unserer Kulturbewegung aus um so leichter erringen können, denn nur Einigkeit macht stark!

Oberschlesien. (Wieder ein wilder Streik.) Trotdem von Seite der Berliner Fachabteilungen und den sämtlichen Vereinen gelber Couleur den ober-schlesischen Arbeitern tagtäglich in Wort und Schrift die „Verwechslung“ aller Streiks und deren „Erfolglosigkeit“ für die Arbeiter gepredigt wird, ist ein wilder Streik hier zu Lande doch keine seltene Erscheinung. Selbst die grauenhaftesten Schilberungen von der „demoralisierenden“ Wirkung der Streiks auf die ganze Gesellschaft durch die Anwendung der „brutalen Gewalt“, und daß mit jedem Streik die schlimmsten Folgen für die Arbeiter und deren Familien verbunden sein sollten, sind nicht imstande, Arbeitseinstellungen zu verhüten. Wie könnte es ja auch anders sein. Hierfür wieder ein Beispiel.

Den Arbeitern der Hohenlohe-Briketts bei Kattowitz wurde durch Anschlag bekannt gegeben, daß die Löhne bis zu 50 Prozent pro Schicht reduziert würden. Diese Bekanntmachung rief bei den Arbeitern die größte Aufregung hervor und dies noch umso mehr, weil bei ihnen die Löhne bislang um eine Erhöhung der Löhne vorstellig zu werden. Am 10. Oktober legten nun 80 Arbeiter plötzlich die Arbeit nieder. Da es ihnen jedoch an jeglicher Organisation fehlte, waren sie gezwungen, am 12. Oktober die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen. In einer Versammlung wurde jedoch beschlossen, der Verwaltung ein Wiltgesuch zu überreichen, doch von einer Lohnreduzierung absehen zu lassen. Wie uns mitgeteilt wird, ist das Wiltgesuch bis jetzt nicht berücksichtigt worden und hat die Verwaltung die Lohnreduzierungen durchgeführt. Jetzt herrscht unter den Arbeitern die größte Erbitterung. Wer wird den Arbeitern jetzt helfen? Einige der Arbeiter haben durch das Vorgehen der Verwaltung den Weg zur Organisation gefunden. Weiter noch nicht alle. Wie lange wird es noch dauern, bis die Mehrzahl dieser so schwer geplagten Arbeiter einmal einzieht, daß zur Aufhebung der Lohn- und Arbeitsbedingungen oder um Verschlechterungen abzuwehren, die Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation unerlässlich notwendig ist, daß es nicht genügt, im Augenblick der Erregung und Erbitterung die Arbeit niederzulegen, sondern daß erst durch den gemeinsamen Schritt in der Organisation, durch die gewerkschaftliche Schulung und Bildung das Solidaritätsgefühl gestärkt und gefestigt wird. Erst dann, wenn jeder einzelne Kollege bereit ist, die notwendigen Opfer zu bringen und weiß, was er will, wird es möglich sein, die mehr als berechtigten Forderungen der Arbeiter der Jute- und Kleindindustrie durchzuführen. Wir richten darum auch immer wieder an alle Metallarbeiter und ganz besonders an die Arbeiter der Hütten-, Maschinen- und chemischen Industrie die Aufforderung, sich dem christlichen Metallarbeiter-

Verband der Arbeiter in der schweren Industrie geleitet. Wie legt die wacklernde Arbeiter durch das Vorgehen der Verwaltung der Hohenlohe-Zinkhütte den Weg zur Organisation gesunden haben, so wird auch die Mehrzahl der oberösterreichischen Arbeiter über kurz oder lang die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation erkennen. Wir haben denn auch das Vertrauen zu diesen Arbeitern, daß sie eines Tages über die von den verschiedensten Seiten gepredigte Harmoniebulle zur Tagesordnung übergehen.

Warum hat sich denn „Sich Berlin“ zu dieser Bewegung totgeschwiegen? Sonst wissen sich die Herren doch immer sehr als Anwälte und Richter der oberösterreichischen Arbeiterschaft auszuspielen. War es nicht möglich, den Christlichen bei dieser Gelegenheit einis auszuweisen? Oder ist nach dem vom „Arbeiter“ in Nr. 43 behaupteten Wilsinn, die jetzige Krise sei die Folge der vielen Streiks im Baugewerbe, auch die Reduzierung der Löhne auf der Hohenlohe-Zinkhütte eine Folge dieser Streiks? Sehr wahrscheinlich tun wohl die Maulschellen noch ihre Wirkung, die die Bergarbeiterbewegung auf der Ferdinandgrube in Bogutsch bei Rattowitz dem „Sich Berlin“ eingetragenen hat. Ja, auch Affektorentheorie schwingt in der traurigen Wirklichkeit nicht vor Wamagen.

Die oberösterreichische Arbeiterschaft verlangt mitreden und mithandeln zu dürfen. Das befehlen die Vorgänge der letzten Jahre. Sie verlangt Gleichberechtigung. Je größer das Verlangen nach Gleichberechtigung wird, desto mehr wird auch die christliche Gewerkschaftsbewegung erstarren. Zum Verger vieler, zum Wohle der Gesamtheit. Weder die haufenweise Verbreitung von unwahren Behauptungen, die christlichen Gewerkschaften hätten keine Erfolge für die Arbeiter errungen, noch die sonst niedrige Kampfesweise unserer „Freunde“ und Feinde vermögen diese Entwicklung zu hemmen. Daß die oberösterreichischen Arbeiter nicht auf das Recht der Arbeitsentzettelung verzichten, ist ja auch den Herren vom „Sich Berlin“ bekannt. Diese Tatsache hat ja auch schon manchen dieser Herren Kopfschmerzen bereitet. Die christlichen Gewerkschaften dürfen auch in Bezug auf Oberösterreich ruhig in die Zukunft blicken.

Dfr. Eine gut besuchte Versammlung hielten wir am Donnerstag, den 6. d. Mts. ab. Auch die Frauen waren zahlreich erschienen, ein Beweis, daß auch sie unsern Bestrebungen reges Interesse entgegenbringen. Kollege Buchner sprach über: 1. Die Lohnverhältnisse der staatlichen Arbeiter und die Gehaltsrückbildung der Beamten. 2. Ist die freie Arztwahl eine berechtigige Forderung? Buchner führte zunächst den krassen Unterschied, der zwischen den beiden Belegschaftskategorien besteht, vor Augen. Er betonte, daß kein rechtendener Arbeiter die unteren Beamten, besonders bei der Verbesserung ihrer Verhältnisse beneide. Andererseits könnten aber auch die Arbeiter erwarten, daß der Staat auch die Pflicht habe, für einen auskömmlichen Lohn seiner Arbeiter zu sorgen. Die Löhne der hiesigen Arbeiter aber ständen auf einem sehr tiefen Niveau. Diefelben schwanken von 2,08 bis 2,85 Mark. Daß da von einer auskömmlichen Lebenshaltung keine Rede sein könne, sei erklärlich.

Kollege Buchner kam sodann auch auf die freie Arztwahl zu sprechen. Hier sei Remedur dringend notwendig. Mit der Versammlung war er der Ansicht, daß für 760 Köpfe ein Arzt zu wenig sei. Von einigen Kollegen wurden auch mehrere Fälle zur Kenntnis gebracht, welche die herrschenden Zustände grell beleuchteten. Es wurde im besonderen Klage geführt über den Arzt. Dieser habe die Gepflogenheit, wenn Weiskrankheit oder Weiskolik vorliege, auf den Krankenschein eine andere Krankheit zu vermerken. Dieses geschieht wohl nur, um die wirkliche Krankheit zu verheimlichen.

Das Verhalten einzelner Beamten wurde im Laufe der Versammlung ebenfalls einer Kritik unterzogen. Im besonderen das wirklich „liebendwürdige“ Benehmen des Obermeisters E... gegen die organisierten Arbeiter. Wir gehen genantem Herrn den guten Rat, sich etwas zu mahigen, andernfalls mit uns einmal näher mit ihm besprechenden müssen. Vorläufig empfehlen wir ihm das Studium von „Küniges Umgang mit Menschen“. Mediziner Hartwig wies in packenden Worten darauf hin, daß es hier nur ein Mittel gebe, um bessere Verhältnisse herbeizuführen. Das sei die Selbsthilfe. In Betracht komme hier der christl. Metallarbeiterverband. Keine Mühe dürfe hier als zu groß erachtet werden, um dem Verbands die Feststehenden zu gewinnen. Einige Kollegen tadelten sodann noch das Verhalten der Indifferenten. Kollege E. empfahl zum Schluß die „Göslar Nachrichten“, weil dieses Blatt die Interessen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung auf das Beste verteidige. Mit einem Hoch auf diese Bewegung schloß er diese Versammlung.

Kollegen von Ober! Setzt aber auf zur Tat! Die Vorkommnisse in der letzten Zeit müssen uns zur Besinnung bringen. Die Versammlung hat uns die Wege gezeigt. Es muß einmal offen ausgesprochen werden, Kollegen, daß es so wie bisher nicht weiter gehen kann. Oder aber, wir haben kein Recht zum Klagen und Kritizieren. Legt die bekannte Oberösterreichische Bauhütte doch endlich ab. Glaube nur nicht, daß der Vorstand alles schon allein machen könne. Jeder Kollege hat nicht nur die Pflicht, seine Beiträge pünktlich zu bezahlen, nein, er muß auch bestrebt sein, den Vorstand mit allen Kräften zu unterstützen. Gerade von der Mitarbeit der Kollegen hängt die gedeihliche Fortentwicklung unserer Gruppe ab. Ein jeder von uns muß sein Bestes daran zu setzen suchen und keine Mühe scheuen, unsere gerechte Sache zum Siege zu führen. Ein echter Gewerkschaftler darf auch in keiner Versammlung fehlen. In der Regel schimpfen die Kollegen am meisten über die Mißstände auf der Hütte, welche der Organisation fernstehen. Wie wenig Interesse einzelne Mitglieder besitzen, ergibt man daraus, daß sie es nicht einmal für notwendig halten, bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit sich zu melden. Die Pflichten des Verbandes kennt man, aber die eigenen nicht. Kollegen von Ober, laßt Euch and Herz! Laßt uns unsere Ehre darin zu setzen suchen, die Ortsgruppe Ober immer mehr zu stärken. Wenn ein jeder auf den Posten ist, wird der Erfolg gewiß unser sein. Darum: Vorwärts immer, rückwärts nimmer!

Revises. Am Samstag, 31. Oktober, hielt die Hiesige Ortsgruppe eine zahlreich besuchte Mitgliederversammlung ab. In derselben erstattete Kollege Feldmann den Bericht von der Generalversammlung in München. Daß es an Opferwilligkeit der Kollegen nicht fehlt, zeigt der einstimmige Beschluß, ab 1. Dezember 1908 den 70 Pf.-Wochenbeitrag zu zahlen.

Im Anschluß hieran hielt der ebenfalls anwesende Arbeitersekretär Bella aus Eberfeld ein Referat über die „Aufgaben eines Mitgliedes der christl. Gewerkschaften“. Der Referent hob hervor, daß es freudig zu begrüßen sei, daß der oben genannte Beschluß einstimmig angenommen worden sei. Es zeige dieses eine wirkliche Kollektalität, wie man sie auch nicht anders in unserer Gewerkschaftsbewegung erwarten dürfte. Es sei aber nun nicht nur allein gut und pflichtgemäß, wenn man seine Beiträge pünktlich zahle. Ein jeder müsse auch als Mitautor und Vertrauensmann auf seinem Posten sein. In bebauern sei, daß die gesamte Arbeit nur auf den Schultern von wenigen Kollegen ruht und die übrigen die Hände in den Schoß legen. Wenn alle Kollegen auf dem Posten seien, so würde auch in Revises die Ortsgruppe der christlichen Metallarbeiter Fortschritte machen.

Aller Voraussicht nach waren diese Worte des Sekretärs Bella nicht auf schlechten Boden gefallen, wie die nachfolgende Diskussion bewies. Nun, Kollegen von Revises, zeigt, daß Ihr ganze Mitglieder der christlichen Gewerkschaft selbst und laßt nicht eine Arbeit, wenn ihr dem Vorstand oder den Vertrauensmännern, sei es in Agitation oder sonst, Hilfe leisten könnt.

Freuen. In unserer letzten Versammlung, zu welcher die Kollegen einmal zahlreich erschienen waren (wie es leider nicht immer der Fall ist), referierte unser Vorsitzender über die wirtschaftliche Krise und den Nutzen der Organisation. Er führte u. a. aus: Die gegenwärtige Krise macht sich in ihren Wirkungen auf die Arbeiterschaft nicht so stark bemerkbar, wie dieses früher der Fall war. Immerhin verspüren auch heute noch die Arbeiter den wirtschaftlichen Rückschlag noch recht empfindlich. Festschichten, Lohnreduzierungen und Entlassungen sind auch heute noch für die Arbeiterschaft, falls sie nicht durch die Organisation sich geschützt hat, von tiefenschneidender Bedeutung. Da die Krisen periodisch in Erscheinung treten, hat der Arbeiter alle Ursache, daß er sich klar darüber wird, wie schädlich sich gegen die unangenehmen Folgen derselben.

Die Ursachen der Krisen liegen auf verschiedenen Gebieten. Ueberproduktion, oder besser gesagt: mangelnde Kaufkraft, Verdrängung, wie sie noch im Vordahre sich zeigte, haben mitgewirkt, eben Rückgang der Hochkonjunktur zu zeitigen. Und treten alle zusammen, so sind auch die Folgen bedeutend schärfer. Wären die Arbeiter in der Lage gewesen, für die jetzige Zeit früher schon einen Sparplan zu aufzustellen, so würde die Krise für die Arbeiter besser zu überstehen sein. Durch Lähmung der Kaufkraft des Arbeiters wird Handel und Verkehr zunächst in Mitleidenschaft gezogen. Nicht umsonst heißt es: Hat der Arbeiter Geld, hat es die ganze Welt. Jede Industrie würde es wohlthätig empfinden, wenn der Arbeiter als Hauptkonsumment kaufkräftig wäre.

Die Wirkungen der Krisen könnten auch gemildert werden durch Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung oder andererseits durch Vornahme von Volksarbeiten. In der Hauptsache aber müssen es die Arbeiter durch Selbsthilfe verstehen, die Krisen, wenn auch nicht ganz zu beistimmen, so aber doch deren Folgen zu mildern. Diejenigen Berufe — es sei nur erinnert an die Buchdrucker und Bauhandwerker, die vermittelst ihrer Organisation zu Tarifabschlüssen gekommen sind — werden die Krise eher überwinden, mit vor allem unsere Metall- und Plattenarbeiter. Der Referent wies die Kollegen auch darauf hin, daß es Pflicht eines jeden sei, in den politischen Parteien für die Wünsche der Arbeiter Propaganda zu machen. Nur dann werde der Ausbau unserer sozialpolitischen Gesetzgebung vorangehen. Zum Schluß erwähnte der Kollege alle Anwesenden, wie bisher, so auch in Zukunft für den Verband zu arbeiten. Nur durch Gewinnung der absetzenden unserer Organisation stehenden Kollegen werde es möglich sein, die Wirkungen der Krisen, wenn auch nicht ganz zu vermeiden, so doch weitestgehend zu mildern.

Werte Kollegen! Beherzigt die Ausführungen. Nehmt auch vor allem an die Kollegen, welche in jeder Versammlung durch Abwesenheit glänzen. Sei uns ist die Zeit gewiß ernst. So hat die Weierwerk die Arbeitszeit auf acht Stunden und die Armosurenfabrik sogar auf 7 1/2 Stunden reduziert. Muß da nicht schmerzhaft bei einem Familienbater, der hier von betroffen wird, Not undummer ihren Eltern haften? Die Unternehmer lassen uns bei jeder Gelegenheit ihre Macht fühlen. Es sei nur erinnert an die Unsperrung der Schienenmonteure. Würde ihnen ihnen doch ein Forti ausgedrückt mit der Bemerkung, wenn derselbe nicht bis zum bestimmten Datum unterstellt werden soll, erfolge die Aussperrung. Kollegen, dieses alles muß uns anrühren und mahnen, unseren Pflichten nachzukommen. Darum auf zu neuer Arbeit. Mörtet mit voller Kraft. Auch in Bremen muß unser Metallarbeiterverband immer tiefere Wurzeln fassen.

Eberfeld. Die gegenwärtige wirtschaftliche Krise mit all ihren üblen Beileitererscheinungen für die Arbeiter, macht sich, wie an anderen Stellen, auch ganz besonders hier im Siegerland bemerkbar. Trostem gibt es noch hier und da einige Werke, bei denen höherer von einem wirtschaftlichen Niedergang nicht die Rede sein kann, weil dieselben noch vollstaus beschäftigt sind. Zu den letzteren gehört auch die Marienhütte, ein Hochofenwerk in Eberfeld. So erfreulich der Umstand an und für sich ist, muß doch die Tatsache konstatiert werden, daß auch dieses Werk den allgemainen schlechten Geschäftsgang ausnützt und bedeutende Lohnreduzierungen vornimmt. Bereits im Sommer dieses Jahres wurden die Arbeiter mit einem 10- bis 15-prozentigen Lohnabzug bedacht, dem am 15. Oktober ein weiterer von 5-10 Prozent erfolgte. Dem Meister, der sich für die Arbeiter ins Zeug legte und sagte, man solle doch nicht so schroff mit dem Abzug vorgehen, wurde von der Direktion die Antwort erteilt: „Wenn das nicht paßt, kann gehen: wir können jetzt Arbeiter genug bekommen.“

Nach die Art und Weise, wie man bei sonstigen Gelegenheiten mit den Arbeitern umspringt, wirkt ein bezeichnendes Licht auf die Zustände, die auf diesem Werke herrschen. Im Sommer d. J. wurde ein Arbeiter entlassen, weil — man höre und staune — seine beiden Brüder, die ebenfalls an der Marienhütte arbeiteten, gekündigt hatten, weil sie sich verbessern wollten. Zwei Arbeiter, die erkrankt waren, — der eine 14 Tage, der andere vier Wochen — wurden einfach ohne Kündigung entlassen und ihnen die Arbeitspapiere ins Haus geschickt. Diese Dinge sind aber verständlich, wenn man weiß, daß die Arbeiter der Marienhütte es bisher verjäumt haben, sich der Organisation anzuschließen.

In mehreren von uns abgehaltenen Betriebsversammlungen, zu denen die Arbeiter der Marienhütte erschienen waren, wurden die auf der Marienhütte bestehenden Zustände einer scharfen Kritik unterzogen. Der Referent, Kollege Gierk, wies aber auch darauf hin, daß ein gut Teil Schuld an diesen Verhältnissen auf Konto der Arbeiter selbst zu setzen sei, weil dieselben es bisher unterlassen hätten, sich der Organisation anzuschließen. Nur durch den Anschluß aller Arbeiter der Marienhütte an den christlichen Metallarbeiterverband sei hier Wandel zu schaffen. Die Arbeiter waren allgemein der Ansicht, daß die Direktion der Marienhütte, ohne sich selbst zu schädigen, von diesem Abzug hätte Abstand nehmen können. Leider kann man auch hier wieder die Erfahrung machen, daß die Arbeiter sich gegenseitig nicht vertrauen. Einer ist noch ängstlicher wie der andere und glaubt, daß, wenn er sich der Organisation anschließt, er von irgend einem Mitarbeiter dieserhalb beim Meister angepöbeln würde und dann seine Arbeitsstelle verlieren könnte.

Kollegen von Marienhütte! Ihr habt alle den dringenden Wunsch, daß der Abzug rückgängig gemacht wird, daß auch in anderer Beziehung die Zustände auf Eurer Arbeitsstelle verbessert werden. Solange Ihr aber selbst nicht mit Hand anlegt, dürft Ihr Euch auch nicht über das Vorgehen Eurer Werksleitung beschweren. Seid Euch einig, legt einmal die Menschenfurcht ab und schließt Euch dem christlichen Metallarbeiterverbande an. Dann werden auch auf der Marienhütte andere Zustände Platz greifen.

Rheine i. W. In unserer Ortsgruppe haben trotz auch Mitglieder von jener Sorte, die regelmäßig in den Versammlungen durch Abwesenheit glänzen. So fehlten sie denn auch selbstverständlich in der Versammlung am 8. November, zu der unser Bezirksleiter Dirsiefer (Eisen) als Referent erschienen war. Anorer jurte uns in klarer und überzeugender Weise die Bedeutung der Organisation zur Zeit der Krise vor Augen; schade nur, daß gerade jene Kollegen fehlten, die das in dem Vortrage Gebotene am aller-notwendigsten gehabt hätten.

Häufig wird auch noch gerade von solchen Kollegen der Organisation der Vorwurf der Untätigkeit gemacht, während sie selbst aber an die Erfüllung ihrer Pflichten der Organisation gegenüber am allerlehten denken. Kollegen von Rheine! So kann und darf das nicht weiter gehen. Ermannt euch endlich und benutzt die gebotenen Gelegenheiten, um euer Wissen zu bereichern und auf allen Gebieten zu schulen. Hier in Rheine gibt es noch viele Arbeit für die Organisation. So mancher Mißstand könnte beseitigt oder doch wenigstens gemildert werden, wenn nur erst die Arbeiter den Weg in die Organisation finden und dort dann als ganze Gewerkschaftler ihre Pflicht erfüllen würden. Darum auf zur rührigen Tätigkeit, hinein in die Winteragitation.

Annem. Auch hier machen sich die Wirkungen der Krise bemerkbar. Sämtliche Werke klagen über Arbeitsmangel. Für die Arbeiter ist dieses gewiß nicht angenehm, denn durch Lohnabzüge, Festschichten u. dergl. wird seitens der Werke der entstehende Schaden auf die Arbeiter abgewälzt. Der Organisation hat sich nur ein kleiner Teil der Arbeiter angeschlossen. So müssen sich die Arbeiter denn einfach jagen und die Maßregeln der Verwaltungen über sich ergehen lassen. Seitens des Annener Gußstahlwerkes ist höchstentlich eine Festschicht eingelegt. Außerdem müssen die Former der Abt. Stahlgießerei mit achtstündiger Arbeitszeit vorlieb nehmen. Auch das Stahlwerk der Firma Krupp ist nicht so beschäftigt wie sonst. Ueberstunden, sonst an der Tagesordnung, werden kaum gemacht. Sicherlich ist dieses keine Annehmlichkeit für diejenigen Arbeiter, welche infolge der niederen Löhne auf Ueberstunden angewiesen waren. Hoffentlich lernen auch die Arbeiter des Kruppischen Werkes jetzt den Wert der Organisation kennen. Die Knappmannsche Tempiergießerei klagt schon lange über Mangel an Aufträgen, und das gleiche gilt für die Westf. Metallwerke. Jetzt werden die unorganisierten Kollegen einsehen, wie unklug sie gehandelt haben, daß sie nicht dem christl. Metallarbeiterverbande beigetreten sind. Manches könnte auch jetzt noch nachgeholt werden, wenn sie endlich ihre Pflicht als Arbeiter erfüllen würden.

Unsere Kollegen haben jetzt mehr denn je die Pflicht, die Unorganisierten aufzurütteln. Klären wir sie über die Notwendigkeit unseres Verbandes auf! Nur wenn wir einig und geschlossenen zusammen stehen, wird es möglich sein, die Folgen der Krisen von den Arbeitern wenn auch nicht ganz, so doch etwas abzuwälzen.

Soziale Wahlen.

Schönbühl. Nach einem lebhaften Kampfe für die Wahl der Beisitzer zum Gewerbegericht und der Ortskrankenkasse in Schwäbisch-Gmünd errang die christlich-nationale Arbeiterschaft einen glänzenden Sieg. Es entfielen auf ihre Liste bei der Ortskrankenkassenwahl 1198 Stimmen gegen 1050 der sozialdemokratischen. Damit hat die Mißwirtschaft der „Genossen“ ein Ende erreicht, die es in den letzten sechs

Nahren — durch Befehen der Stellen mit ihren Anhängern usw. — verstanden haben, die Verwaltungs- ausgaben um fast 70 Proz. (von 7109,13 Mk. auf 12000,00 Mk.) zu steigern. Die Antwort haben die christl. Arbeiter mit dem Stimmzettel in der Hand gegeben. Bei der Gewerbegerichts Wahl wurden für die Liste der christlich-nationalen Arbeiterschaft 682 unabgeänderte Wahlzettel und 6477 Stimmen, für den Wahlvorschlag der vereinigten Gewerkschaften 741 unabgeänderte Zettel und 7482 Stimmen abgegeben. Demgemäß trifft es auf jeden Wahlvorschlag 5 Beisitzer, während vor drei Jahren die christlichen Gewerkschaften nur 3 Beisitzer durchbrachten.

Wanne und Eifel. Bei den Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse in Wanne siegte die christl. Liste mit 162 Stimmen. Die Sozialdemokraten beteiligten sich infolge ihrer Bedeutungslosigkeit nicht an der Wahl. In Eifel erhielten die christl. Arbeiter 77, die „Wesler“ 66 und die Sozialdemokraten 35 Stimmen. Die christl. Gewerkschaften haben somit auf der ganzen Linie gesiegt.

Gschweiler. Bei der Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse 1 hier selbst wurden die Kandidaten der christl. Gewerkschaften mit 75 gegen 5 Stimmen gewählt. Durch diese Wahl ist die Majorität in der Generalversammlung erzielt worden. Es gilt jetzt für unsere Vertreter, auf dem Posten zu sein.

Gelsenkirchen. Bei den Vertreterwahlen zur Generalversammlung der Ortskrankenkasse in Gelsenkirchen-Schalker am 18. November siegte die christl. Liste mit 419 Stimmen über die sozialdemokratische Liste, auf welche 162 Stimmen fielen. Die Sozialdemokraten haben mithin einen schönen Reinfall erlitten. In den christl. Arbeitern liegt es nun, durch weiteren Ausbau ihrer Organisationen die errungenen Positionen zu sichern.

Diesen erfreulichen Siegen der christl. Arbeiterschaft steht aber auch eine besorgniserregende Blamage gegenüber, nämlich der Ausfall der

Gewerbegerichtswahl in Regensburg.

Hierüber schreibt die Gewerkschaftsstimme sehr zutreffend: Die Gewerbegerichtswahl in Regensburg hat mit einer großen Niederlage der christlich-nationalen Arbeiterschaft geendet. Die christl. Gewerkschaften, die mit dem kath. Arbeiterverein und dem kath. Gesellenverein eine gemeinsame Liste aufstellten, erhielten 455 Stimmen, während die sozialdemokratischen Gewerkschaften 1486 erhielten. Die christl. Liste hat somit gegen die vor drei Jahren getätigte Wahl 234 Stimmen verloren, während die sozialdem. Gewerkschaften 714 Stimmen gewonnen haben.

Es nützt nichts, sich an unadequaten Tatsachen feige vorbeizudrücken und nach Vogelstraußart nichts sehen zu wollen. Deshalb legen wir den Finger an die Wunde und fragen, wie ist ein solcher Standal — wie jagen mit Vorbedacht: Standal — möglich geworden? In Regensburg wirken jetzt schon sechs sozialdemokratische Gewerbegerichtsbeamte, während von christl. Seite kein einziger vorhanden ist.

Die Arbeiter sind über das Wesen der sozialdem. Gewerkschaften fast ohne jede Aufklärung, für so etwas findet sich dort niemand. Hat man doch sogar daran gedacht, das kath. Arbeitersekretariat eingehen zu lassen, weil es „doch eigentlich nicht nötig ist, es ist ja alles in Ordnung“.

Die sozialdem. Gewerbegerichtsbeamten wissen sich den Verhältnissen anzupassen, leugnen fast den sozialdemokratischen Charakter ihrer Bewegung ab und bringen es sogar fertig, bürgerliche Blätter, die auf christl. Standpunkte stehen, zu dupieren, indem sie diese zur Aufnahme von „Berichtigungen“ veranlassen, daß sie eigentlich neutral seien usw. usw., ganz nach bekannten Rezepten. Die sozialdemokratische Propaganda geht also sozusagen fast „schmerzlos“ vor sich, bis dann eines Tages die betrieblen Lohgerber am Ufer stehen und den fortschwimmenden Fellen heulend nachsehen müssen.

Ueber den Ausgang der Wahl selbst bringen die sozialdem. Blätter natürlich jetzt Jubelhymnen und glauben die ganze christlich-nationale Arbeiterbewegung in Bayern besonders schon niedergezwungen zu sehen. Daß die Energielosigkeit und Schlamperei an einem Orte keinen Rückschlag zuläßt auf die Verhältnisse an andern, sollten die Genossen auch wissen. Anderwärts schreiten wir voran, wie die vorstehenden Meldungen deutlich erkennen lassen.

Soziales.

Konsumvereine und Gesellschaftsteuer.

Eine Konferenz der Vorstände der Beamten-Konsumvereine und derjenigen Arbeiter-Konsumvereine von Rheinland, Westfalen und Hessen-Nassau, die aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgegangen sind, tagte am 8. November in Düsseldorf. Der Zweck der Konferenz war: die Gründung des „Verbandes westdeutscher Konsum- und Produktiv-Genossenschaften“ und Stellungnahme gegen die von der Regierung vorgeschlagene Unterwerfung der Konsumvereine unter die Gesellschaftsteuer.

Erschienen waren 150 Delegierte, die 49 Vereine mit über 50 000 Mitgliedern vertraten. Der erste Teil der Tagesordnung, die Gründung des Verbandes, wurde am Vormittag erledigt. Nach dem Abschied des Herrn Schlad aus Mülheim a. Rh. waren fast sämtliche Vereine dem Verband beizutreten. Am Nachmittag besaßte sich die Konferenz mit der geplanten Gesellschaftsteuer. Hierzu wurde einstimmig in folgender Resolution Stellung genommen:

„In Verfolg der Protestversammlungen der Beamten und solcher Arbeiter-Konsumvereine, die aus der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hervorgegangen sind, des Rächener Bezirke am 26. Juli, des rheinisch-westfälischen Industriebezirks am 20. September, des M.-Glabbacher Bezirke am 1. Oktober ds. J. gegen die im preussischen Landtage erfolgte Ausnahmehandlung der Konsumvereine in steuerrechtlicher Beziehung erheben die am 8. November in Düsseldorf im Paulusgarten versammelten Vorstände genannter Konsumvereine aus Rheinland, Westfalen und Hessen-Nassau, die 49 Vereine mit über 50 000 Mitgliedern vertreten, erneuten schärfsten Protest gegen die von der Regierung vorgeschlagene Heranziehung der Konsumvereine zur Gesellschaftsteuer.“

Die den untersten Volksschichten angehörenden Mitglieder der Konsumvereine müßten die bisherige Heranziehung ihrer Vereine zur Staatskommunen-, Gemeinde-, Gewerbe- und Warenhaussteuer angesichts der Tatsache, daß die Genossenschaften der Handwerker und Landwirte fast vollständig von Steuern befreit sind, als ein bitteres Unrecht empfinden.

In der Unterwerfung ihrer Vereine unter die geplante Gesellschaftsteuer erblicken die Mitglieder eine Maßnahme, die gleichbedeutend ist mit einer gewaltsamen Verbroderung der Vereine und einer Enteignung der Sparpennige ärmster Staatsbürger.

Die Versammelten erblicken ferner in dem bereits durchgeführten und den weiteren Maßnahmen zur Unterdrückung der Konsumvereine sowie in der Gleichstellung derselben mit rein kapitalistischen Assoziationen eine totale Verkennung des genossenschaftlichen Wesens.

Die Konsumgenossenschaften, die als Wirtschaftsgenossenschaften nur an ihre Mitglieder verkaufen dürfen, erzielen weder Gewinn noch üben sie ein Gewerbe aus, wie es ganz richtig von dem Nationalökonom Professor Dr. Konrad in seinem Leitfaden zum Studium der Volkswirtschaft vertreten wird, ferner durch reichsgerichtliches Urteil vom 4. Oktober 1881 sowie durch Entscheidung des preussischen Kammergerichts vom 17. Dezember 1900 bestätigt worden ist. Die Konsumvereine beschränken sich vielmehr ihren meistens unermittelten Mitgliedern die Lebensbedürfnisse auf möglichst billige Weise zu verschaffen, um so Verbesserungen zu machen, die den einzelnen Mitgliedern wieder zugute kommen. Die bereits eingeführte und weiter vorgeschlagene unerhörte Belastung nicht einmal des Erwerbs, sondern der Ersparnis ärmster Leute beweist, daß es sich nicht um eine nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit aufgebaute Steuermaßnahme, sondern um eine ungerechtfertigte, eine Straf- und Unterdrückungsmaßregel schlimmster Art handelt.

Die Versammelten protestieren daher ganz entschieden gegen die bereits bestehenden und weiter vorgeschlagenen Ausnahmesteuern, die um so schärfser hervortreten, als doch alle übrigen Genossenschaften der Landwirte, Handwerker, Kleinhändler usw., sofern diese sich auf den Kreis ihrer Mitglieder beschränken, nicht nur von diesen Ausnahmesteuern verhehrt bleiben, sondern noch vielfach staatlich unterstützt werden.

Die Versammelten erwarten daher von dem Gerechtigkeitsinn der Herren Abgeordneten des Preussischen Landtags, daß sie nicht nur die Regierungsmassnahmen, sondern auch mit den bereits bestehenden Ausnahmesteuern, die von den weitesten Kreisen als ein bitteres Unrecht empfunden werden, aufträumen.

Wer den Grundgedanke: Gleiches Recht für alle hochhält, wird den Wünschen der mehr als 1 1/2 Millionen deutscher Familien, welche sich den Konsumgenossenschaften angeschlossen haben, Gehör schenken müssen.

An die Mitglieder der Konsumvereine richten die versammelten Vorstände in der durch Arbeitslosigkeit und Teuerung so schweren Zeit den dringenden Appell, im Kampfe um das Dasein sowie um die Existenz ihrer mühsam aufgebauten Genossenschaften nicht zu erlahmen.

An der genossenschaftlichen Treue und ausschließlichen Benutzung des eigenen Unternehmens werden und müssen die durch Verkennung der fundamentalsten sätze ergriffenen Maßnahmen des Abgeordnetenhauses und der Regierung scheitern.“

Gegen die Sozialpolitik.

Die Steiner Maschinenbau-Aktiengesellschaft ist ein recht rentables Unternehmen. Bei der diesjährigen Generalversammlung wurden aus dem 1 778 000 Mark betragenden Reingewinn 1,4 Mill. Mk. gleich 14 Proz. Dividende verteilt. Es wäre möglich gewesen, den Gewinn und die Dividenden noch viel höher anzusetzen, wenn nicht an Anlagen, Werkzeugen, usw. so hohe Abschreibungen vorgenommen wären. Das Gebädefonto z. B. beträgt 4,46 Mill. Mk., während es mit mehr als 10 Mill. Mk. in Ansatz gebracht werden könnte. Die elektrischen Licht- und Krastanlagen stehen gar nur mit einer Mark zu Buch. Bei den übrigen Posten sind ebenfalls große Abschreibungen vorgenommen, so daß der vorhandene Wert ein weit höherer ist, als wie er zu Buch steht. Doch wie die Aktionäre und die Gesellschaft es damit halten wollen, ist ihre Sache. Was man aber erwarten dürfte, wäre, daß die Gesellschaft und die Aktionäre bei einem so guten Stande ihres Geschäftes und bei so hohem Gewinn sich auch zufrieden geben und schließlich jenen auch etwas vergönnten, welche mitverdient haben — den Arbeitern. Nun heißt es zu... in dem Geschäftsberichte:

„Die deutsche Industrie hat vor Jahren willig die großen Lasten übernommen, welche die soziale Gesetzgebung ihr auferlegt hat: es wird heute keinen Betriebsunternehmer geben, welcher sich der Einsicht verweigert, daß die von ihm hierfür zu bringenden Opfer eine Segnung für das deutsche Volk bedeuten. Wenn aber jetzt angeregt wird, sowohl einer weiteren Ausdehnung dieser obligatorischen soz. Fürsorge näherzutreten, wie insbesondere durch neue gesetzliche Maßnahmen in verschärftester Weise in das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einzugreifen, so muß unumwunden ausgesprochen werden, daß damit dem deutschen gewerblichen Leben ein unheilvoller Schlag verfehlt und der vaterländischen Industrie unberechenbarer Schaden zugefügt werden dürfte.“

Als schädigende „neue Maßnahmen“ werden bezeichnet: die Einführung einer Pensionsversicherung für die Beamten, partielle Arbeitsstammern und Arbeitsnachweise, die gesetzliche Festlegung eines Normalarbeitstages. Graf Posadowsky hatte recht, als er feinerzeit offen erklärte: mit dem wachsenden Wohlstand der Opfermut der Besitzenden nicht gestiegen. Sie geben nur etwas heraus, wenn man sie zwingt durch Gesetz und Organisation. „Uns alles, den andern nichts.“

Briefkasten.

Kollege H. in D. Zur Veröffentlichung eignet sich das „Gedicht nicht. Zum Dichten gehört mehr wie ein guter Wille, und deshalb möchten wir Dir raten, dieses „Handwerk“ an den Nagel zu hängen.

Sterbetafel.



Brebach. Am 5. November starb unser treuer Kollege Jakob Lag, Hülfsarbeiter, im Alter von 46 Jahren an einem schweren Darmleiden.

Barmen. Am 20. November starb unser Kollege Berth. Proffer, Schlosser, im Alter von 25 Jahren an Lungenentzündung.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Kalender.

Ohne zwingenden Grund wird ein pflichtbewusster Gewerkschafter in keiner Versammlung fehlen.

Giesend. Nächste Versammlung am 28. November im Vereinslokal.

Offen (Meingewerbe, Schlosser und Schmiede). Samstag, den 5. Dezember abends 8 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung im Verkehrslokal christliches Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstr. 19.

Offen (Elektromonteur). Sonntag, den 6. Dezember, vormittags 11 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale „Zur Stadt Elberfeld.“

Offen-Vottrop. Sonntag, den 29. November, nachmittags 1 1/4 Uhr Mitglieder-Versammlung im Verkehrslokal Trogemann-Referent: Kollege Leupke.

Offen-Vorbeck-Schönebeck. Freitag, den 4. Dezember, gleich nach der Schicht abends 6 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale Hausmann-Eisenstraße.

Offen-Berge-Vorbeck. Sonntag, den 6. Dezember, Mitglieder-Versammlung im Lokale Voortmann, Hochstraße.

Offen-Stecke. Sonntag, den 6. Dezember, vormittags 11 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale Sonntag, Chauffeestraße.

Offen-Nord-Ost. Sonntag, den 6. Dezember, abends 7 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale „zum Eisler“, Beerstraße.

Offen-Teulwig. Sonntag, den 6. Dezember, nachmittags 5 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale Hoffstadt, Sternstraße.

Offen-Pöfnerhausen. Sonntag, den 6. Dezember, abends 6 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale Buchner, Hobeisenstraße.

Selkenitzschen (Ordnungsverwaltung). Sonntag, den 29. November, vormittags 11 Uhr, Generalversammlung bei Dirkes. Vortrag des Bezirksleiters Hirtsefer.

Ordnungsverwaltung Hagen. Die Geschäftsstunde findet in Zukunft nur einmal wöchentlich und zwar jeden Freitag Abend von 7-8 Uhr statt. Erwerbslosen- und Krankenunterstützung werden in dieser Zeit ausbezahlt. (Vereinslokal Restauration Piepenbrink, Kochstr. 72.)

Mühlhausen (Thüringen). Jeden ersten Sonnabend im Monat abends 8 1/2 Uhr Versammlung im Kronprinzen.

Offenbach a. M. Dienstag, den 1. Dezember, abends 1/9 Uhr im großen Saale zum Schützenhof; Lichtbildervortrag mit 60 Lichtbildern über ein Kohlenbergwerk, gehalten von Kollegen Scherer. Durch das große Grubenunglück auf Besse Rabbob ist dies Thema gegenwärtig ein sehr aktuelles und werden die Kollegen erlucht, mit ihren erwachsenen Familienangehörigen voll zahlbar zu erscheinen. Karten per Stück 15 Pf. sind durch alle Vertrauensmänner zu haben und ist der Reinertrag für die Hinterbliebenen der verunglückten Bergleute bestimmt.

Offen-Schönebeck. Sonnabend, den 27. November, abends 8 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Jos. Dieck.

Stettin. Dienstag, den 1. Dezember, abends 9 Uhr, in der (Alten Liebertafel) Gustav-Adolfstr. 1 Kartell-Versammlung Sonntag, den 6. Dezember, nachmittags 4 Uhr Monatsversammlung bei Schmitz.

Schwelm. Sonntag, den 13. Dezember, abends 5 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung, wozu auch die Frauen einladen sind. Referent: Kollege Weinbrenner aus Lanna. Thema: Was lehrt uns das Unglück auf Besse Rabbob. Sämtliche Ortsgruppen des Ortsrats sind einladen.

Witt. Unterstützung wird jetzt beim Vorstehenden, Kollegen Hof, Pflersteiger, Promenade 23, aufgezählt.